

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919

6 (12.3.1919)

Amtliche Berichte

über die Verhandlungen der verfassungsgebenden badischen National-Versammlung.

N. 6.

Karlsruhe, den 12. März

1919.

6. öffentliche Sitzung

am Donnerstag, den 6. März 1919, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

I. Fortsetzung der Beratung über

a. die Wünsche um Bewilligung neuer Steuerzuschläge und zwar

1. Entschließung einer Versammlung von Eisenbahnern in Mannheim,

2. Eingaben der Vereinigungen der oberen Beamten in Heidelberg und Umgebung sowie in Mannheim, Berichterstatter Abg. Goehring;

b. den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Druckf. Nr. 16), (Antrag f. Druckf. Nr. 16a), Berichterstatter Abg. Goehring;

c. den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919 (Druckf. Nr. 17), Berichterstatter Abg. Goehring;

II. Mündliche Berichte der Haushaltskommission und Beratung über

a. den Gesetzentwurf, die Deckung des durch Notstandsarbeiten entstehenden außerordentlichen Staatsbedarfs betr. (Druckf. Nr. 14), Berichterstatter Abg. Seubert;

b. die Petition des Stammkomitees der Hohenwaldbahn, die Erbauung einer normalspurigen Bahn Rheintal-Pottlingen—Berrichried als Notstandsarbeit betr., Berichterstatter Abg. Seubert;

III. Begründung und Beantwortung der Interpellationen

a. der Abgg. Roesch und Gen., die Wohnungsfrage betr. (Druckf. Nr. 10),

b. der Abgg. Engelhardt und Gen., den Eisenbahnbau und die Arbeiterfrage betr. (Druckf. Nr. 4a),

c. der Abgg. Kiefer und Gen., im gleichen Betreff (Druckf. Nr. 4b),

d. der Abg. Müller-Karlsruhe und Gen., den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr. (Druckf. Nr. 5).

Am Regierungstisch: Präsident der vorläufigen Volksregierung Geiß, Finanzminister Dr. Wirth, Justizminister Marum, Verkehrsminister Rückert, Ministerialdirektor Geh. Rat Schellenberg, Geh. Oberfinanzrat Moser und Ministerialrat Dr. Steinbrenner.

Präsident Rosp eröfnet nach 9¼ Uhr die Sitzung und gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Eingabe des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gruppe Baden-Baden, der freien Gewerkschaftsartelle, Gruppen Emmendingen, Furtwangen und Gengenbach, des deutschen Bauarbeiterverbandes, Gruppe Freiburg, sowie des Verbands der Friseurgehilfen, Gruppe Heidelberg, mit Entschließungen in Betreff der sozialen Notlage.

Die Eingaben werden der Petitionskommission überwiesen.

2. Bitte des Badischen Eisenbahnerverbandes um nachträgliche Gewährung der einmaligen Steuerzuschläge mit Stichtag 1. September an die im Weerdienst gestandenen Beamten und Arbeiter.

Die Bitte wird an die Haushaltskommission überwiesen.

3. Vorschläge des Vorstandes des Verbandes der badischen Städte der Städteordnung zu dem Gesetzentwurf, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betr.

Die Petition wird an die Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer I derselben: Fortsetzung der Beratung über

a. die Wünsche um Bewilligung neuer Steuerzuschläge und zwar

1. Entschließung einer Versammlung von Eisenbahnern in Mannheim,

2. Eingaben der Vereinigungen der oberen Beamten in Heidelberg und Umgebung sowie in Mannheim;

b. den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr.;

c. den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919

erhält zunächst das Wort:

Berichterstatter Abg. Goehring (D. Dem. P.):

Im Namen Ihres Haushaltsausschusses habe ich Ihnen noch einige kurze Mitteilungen zu machen.

Es sind uns vonseiten des Herrn Präsidenten zwei Zuschriften zugegangen, davon ist die eine von Herrn Verbandssekretär Heini unterschrieben. Sie hat ungefähr folgenden Wortlaut, daß am 2. Februar im Nibelungenfaal in Mannheim eine Versammlung von etwa 2500 Eisenbahnern stattgefunden habe, und es sei folgende Entschließung zustande gekommen: „Die Vertreter der Eisenbahnerverbände geben sich mit der Erklärung des Verkehrsministers und dem Beschluß der Nationalversammlung, den Antrag auf Gewährung einer einmaligen Steuerzuschläge beschleunigt verhandeln zu lassen, vorerst zufrieden. Die Versammlung wünscht, daß allen Beamten und Arbeitern die einmalige Steuerzuschläge bis zur Höhe von 500 M. gewährt werden solle.“ Das wurde gestern im Haushaltsausschuß besprochen und als mit der Vorlage des zweiten Nachtrags des Voranschlags für 1918 und 1919 für erledigt erklärt.

Und dann ist noch eine Eingabe des Beamtenausschusses des Oberbeamtenvereins Freiburg eingegangen. Die Forderungen bestehen aus 4 Punkten. Erstens sofortige Gewährung der den unteren Beamten bewilligten Steuerzuschläge. Darüber hat der Ausschuß entschieden, daß auch dieser Punkt als durch die Vorlage des zweiten Nachtrages des Staatsvoranschlags erledigt erklärt werden möge.

Dann kommen drei weitere Punkte:

1. Vereinheitlichung der seitherigen Zuschläge,
2. Zusage weiterer Zuschläge in Bruchteilen des Gehalts für alle Beamten und sämtliche Ruhegehaltsempfänger, vorerst mindestens 2% und für jedes nicht erwerbsfähige Kind 10%;

3. zeitgemäße Änderung des Gehaltstarifs und der Ausgleich zu großer Unterschiede zwischen Anfangs- und Höchstgehalt unter Berücksichtigung des Familienstandes und der Kinderzahl.

Es ist eine größere Begründung beigegeben, worin in der Hauptsache auf die Entwertung des Geldes abgehoben wird, auch wären die Beamtengehälter schon vor dem Krieg zu gering gewesen. Ferner wird das gesteigerte Einkommen anderer Berufsstände dem Einkommen der Beamten gegenübergestellt und weiter angeführt, daß die späteren Zulagen für die oberen Beamten nicht ganz 10 % betragen haben, während die Teuerung 100 % bereits überschritten habe. Außerdem sei die Geldflüssigkeit im Krieg sehr groß gewesen, während die Zulagen für die oberen Beamten einem Trinkgeld nicht unähnlich gewesen und außer Verhältnis zur Teuerung gestanden seien. Weiter wird angeführt, daß viele Beamte von ihrem Privatvermögen zugelebt hätten, während andere, denen solches nicht zur Verfügung stand, zum Darben gezwungen waren. Auch sei die Verteilung zu Ungunsten der oberen Beamten verschoben worden. Über verschiedene Punkte, wie Entwertung des Papiergeldes, während der Beamte auf vollwertiges Geld Anspruch habe und über den sonstigen Inhalt der Begründung haben wir im Ausschuss beraten und sie haben ihre Würdigung gefunden; ich kann wohl darüber hinweggehen. Ihr Haushaltsausschuss ist der Meinung, daß alle Wünsche zuerst von der Regierung eingehend geprüft und untersucht werden müssen. Eine Änderung des Gehaltstarifs, solange nicht im allgemeinen die Bedürfnisse für die Ernährung und sonstigen Bedarf, für Mieten usw. endlich einmal ganz stabil geworden sind, sei wohl zurzeit nicht zu erreichen, umsoweniger als ein derartiges durchgreifendes Gesetzwerk für Regierung und Volksvertretung eine Arbeit von vielen Monaten ist. Es ist deshalb Ihr Haushaltsausschuss zu dem Antrag gekommen:

1. den Inhalt der Zuschrift des Verbandssekretärs Heini vom 7. Februar d. J.
2. ebenso den ersten Punkt der Eingabe des Beamtenausschusses des Oberbeamtenvereins Freiburg vom 25. Februar d. J. durch die Vorlage des zweiten Nachtrages des Voranschlages für 1918 und 1919 für erledigt zu erklären, dagegen
3. den zweiten, dritten und vierten Punkt der Eingabe des Oberbeamtenvereins Freiburg der vorläufigen badischen Regierung als Material zu überweisen.

Das Wort erhalten weiter:

Abg. Karl (D.-Nat. Sp.):

In Fortsetzung der Debatte von gestern möchte ich mich zu folgenden 2 Punkten kurz äußern: 1. Steuerzuschlag und 2. Teuerungszulage.

Was den Steuerzuschlag angeht, so haben wir ja aus der Vorlage der Regierung ersehen, daß von den 380 000 Steuerzahlern nur 100 000 von diesem Zuschlag erfasst werden, und zwar deshalb, weil nur diese 100 000 ein Einkommen von über 2400 Mark beziehen. Ich gebe zu bedenken, daß diese Angabe auf dem Steuerkataster vom 1. April 1918 beruht. Seitdem haben sich aber die Lohnverhältnisse gründlich geändert. Wer hat jetzt noch bloß 2400 Mark Einkommen? Die Arbeiter wohl fast ausschließlich nicht mehr; sie sind darüber. Auch die Arbeitslosen verdienen mehr, besonders wenn sie in ihrem heftigsten Beruf gewissenhaft sind und sich nicht bei gelegentlicher heimlicher Arbeit erwischt lassen und deshalb von ihrer Pfründe weggesetzt werden. Wen denkt man sich überhaupt heutzutage noch als unter einem Einkommen von 2400 Mark stehend? Es sind vielleicht noch jugendliche Anfänger, Angestellte, meistens wohl auch Unberufete, so z. B. manche junge Gehilfen, die einen Normalgehalt von 1800 Mark haben. Vielleicht ist aber gerade unter diesen Leuten eine Anzahl, die recht fleißig das gestern schon erwähnte und gerügte Tanzbein schwingen, die möglichst viel die Zigarette im Mund und das Streichholzchen in der Hand haben. Diese können auch etwas zahlen. Wie sie mit ihrem Geld diese Vergnügungen bestreiten, ist mir manchmal, wenn ich sie betrachtet habe, etwas unklar geblieben, so unklar wie es mir ist, woher wir das Geld zur Begleichung der Staatsschulden nehmen sollen. Sie werden aber sagen: es befinden sich unter diesen Leuten, die unter 2400 Mark Einkommen haben, auch wirklich Arme und Bedürftige, auch z. B. kleine Beamtenwitwen; ich rechne sogar manche Pfarrers- und Lehrerswitwen dazu. Von denen aber möchte ich behaupten, daß gerade die Armen ihre Steuern und auch sonstige Beiträge zum öffentlichen Wohl am willigsten zahlen, viel lieber als

viele Reiche. Das Wort von dem Wittwenscherlein gilt auch heute noch. Während die erste Gruppe zahlen kann, gehören diese letzteren zu denen, die zahlen wollen. Drittens werden sich, und zwar in großer Zahl, unter dieser Kategorie der 380 000 die kleinen Landwirte befinden. Warum hat man diese nicht erfassen wollen? Will man sie nicht aufregen? Ich glaube, sie hätten sich über die kleine Steuererhöhung nicht erregt. Sie haben ganz andere Schmerzen; diese Schmerzen sind schon genannt worden in den Ausführungen unseres Bauernvertreeters Fischer. Es ist auch gerade eben wieder eine Eingabe an uns ergangen, und ich kann auch ihr mitteilen, daß unter den Tabakbauern eine sehr große Erregung herrscht, weil die süddeutsche Tabakgesellschaft nicht einmal den festgesetzten Höchstpreis von 200 M. pro Zentner ihnen bezahlen will, sondern nur 100 oder 130 M.; ja, sie will den Bauern den Tabak sogar enteignen lassen. In der „Süddeutschen Tabakzeitung“ vom 16. Februar 1919 ist aber zu lesen, daß der Rauchtabak pro Zentner zu 1500 M. angeboten wird (Hört! hört! rechts). Was bleibt da an den Fingern der Zwischenhändler hängen! Und diese sollen nun das Recht haben, und damit durchdringen können, dem Bauern um diesen niederen Preis Tabak wegzunehmen! Glaubt jemand im Ernst, daß der Tabak, wenn die Händler nur 130 M. für den Zentner bezahlen müssen, an die Verbraucher auch nur um einen Pfennig billiger verkauft wird? Das sind die Dinge, die unsere Bauern aufregen (Sehr richtig! rechts). Im übrigen sind sie so klug und auch so staatsverständlich, daß sie ganz gern eine Steuererhöhung geleistet hätten. (Zustimmung rechts).

Dann möchte ich noch etwas aus der Begründung der Steuervorlage durch unsere provisorische Regierung erwähnen. Es wird da ein sozialer und ein praktischer Grund angegeben. Der letztere lautet: „Auch praktische Gründe sprechen für diese Maßnahme“, — nämlich nur die Einkommen über 2400 M. herbeizuziehen — „weil . . . insofern die mit dieser Steuernadherhebung verbundenen Geschäfte wesentlich verringert und vereinfacht werden.“ Diesen Grundsaß wollen wir lieber nicht mehr anwenden. Es darf nicht das Trachten nach weniger Arbeit irgend eine Maßnahme der Regierung, die notwendig ist, beschränken oder etwa unterbinden.

Zweitens möchte ich etwas über die Austeilung des Steuerertrages sagen, über die Teuerungsaufbesserung der Beamten und Staatsarbeiter und zwar möchte ich speziell einen Teil der letzteren herausheben: das Fahrpersonal der Eisenbahn.

Den Eisenbahnern ist mit Recht Anerkennung, Lob und Bewunderung gesendet worden. Dem schließe ich mich aus vollem Herzen an. Ich möchte aber als die Treuesten der Treuen, das Fahrpersonal besonders nennen. Ihm hätte auch eine besondere klingende Anerkennung zuteil werden sollen. Das Fahrpersonal hat während des Krieges eine ungeheure Arbeit geleistet. Es hat oft eine Arbeitszeit hinter sich gehabt, die über alles Menschliche und Menschenmögliche hinausgeht und fast an Unmenschliche grenzt. Sie haben mit ganz schlechten Maschinen gearbeitet, eingehüllt in den Dampf, der aus allen Löchern herauspiff. Sie sind in diesem Dampfe gestanden und in der Kälte noch gemorden; sie haben mit schlechten Wagen, schlechten Kohlen und zum großen Teil auch mit gänzlich ungeschultem Hilfspersonal arbeiten müssen. Wie oft sind sie stundenlang auf freiem Felde halten geblieben; sie haben nichts zu essen gehabt; sie haben von zu Hause nichts mit sich nehmen können; denn man hatte ja oft nichts mehr zu Hause, was man mitnehmen konnte. Es ist vorgekommen, daß sie geradezu wie in einer Hungersnot die gefrorenen Rüben von den Wagen herabholten, nur um ihren Hunger zu stillen. Dafür nun hätten sie wohl nicht einmal eine besondere gelbliche Belohnung verlangt. Es war ihre harte, heldenhafte Pflicht. Aber es kommt noch etwas anderes in Betracht. Wenn diese Männer, wie es vorgekommen ist, 17, 24 und 30 Stunden unterwegs waren, ohne die Heimat wiederzusehen, haben sie leben und essen müssen, und das jetzt bei unseren Lebensmittelpreisen! Manche konnten sich vielleicht etwas von zuhause mitnehmen, andere aber nicht. Sie haben für ihren Lebensunterhalt jedenfalls ein schweres Geld bezahlen müssen. Was sie nun an Kilometergeldern bekommen, verschwindet gegenüber diesen Aufwendungen. Man hätte also hier etwas differenzieren und das Fahrpersonal besser stellen sollen als die übrigen. Es ist gestern herborgehoben worden, daß die Eisenbahner mit einem gewissen Reide auf die reichen Kriegsgewinnler gesehen haben, die in erster und zweiter Klasse mitgefahren sind. Ich weiß aber, daß sie auch mit einem gewissen Reide auf die Arbeiter gesehen haben, welche in der Kriegszeit bis zu 40 M. täglich verdienen, und mit einem gewissen Reide

auch auf andere Arbeiter, selbst unter ihren Kameraden bei der Eisenbahn, welche bei 8 Stunden Arbeitszeit und bei einer etwas ruhigeren Beschäftigung doch ein unendlich viel besseres Los hatten als sie. Ich weiß auch, daß bei der Regierung eine Differenzierung der Löhne in diesem Sinne erwogen wurde, daß man aber nicht die richtige Handhabe und den richtigen Maßstab fand. Vielleicht hätte man diesen Maßstab gefunden, indem man dem Fahrpersonal eine Extrazulage gegeben hätte anhand der bereits ausbezahlten Fahrdenstzulage. Sie hätten das wohl verlangen können. Wenn man diese Leute beobachtet und gesehen hat, wie sie fast zu Skeletten abmagerten, wie sie in einen nervösen Zustand kamen, der den Thriegen die größten Beängstigungen eingeflößt hat, so muß man bewunderndes Mitleid mit diesen Helden der Arbeit empfinden.

Sodann möchte ich noch etwas zur Sprache bringen. Natürlich sind auch wir für das Koalitionsrecht und auch unter Umständen Streikrecht der Staatsarbeiter. Es hätte auch gar keinen Sinn, es ihnen auf dem Papier zu entziehen; sie würden es sich einfach selbst nehmen. Aber etwas sollte doch wieder hergestellt werden, und zumal im Eisenbahnbetriebe, in dem ja jedes Rad scharf in das andere eingreift, nämlich die alte gute Disziplin. Wenn die Eisenbahner auch ein würdiges Beschwerderecht erhalten sollen, so darf es doch nicht vorkommen, was in letzterer Zeit öfters geschah, daß manche in geradezu stürmischer Weise von der Eisenbahndirektion z. B. verlangen, daß der oder jener mißliebige Vorgesetzte einfach entfernt wird, ja, daß sie sogar drohen, ihn zu schädigen oder gar umzubringen, und dann die Verantwortung der Behörde zuschieben. Disziplin muß wieder hergestellt werden, sonst sind wir alle, die wir auf der Eisenbahn fahren, unseres Lebens nicht mehr sicher. Es muß auch hier die Furcht den Wald hüten.

Gestern ist die Sprache auch auf den Pfarrerstand gekommen. Der Herr Abg. Köhler hat angeregt, auch uns etwas von dieser oder einer künftigen Steuererhöhung zuschieben zu lassen. Der Herr Kollege Gortler hat sich dem in freundlicher Weise angeschlossen. Nur kann ich ihm darin nicht beipflichten, daß er von uns Pfarrern verlangt, wir sollten uns erst organisieren und unter Umständen sogar streiken (Heiterkeit). Er hat das wohl scherzhaft gemeint (Abg. Dr. Schofer: Nein, es war ernst gemeint!). Aber, die Sache hat tatsächlich eine ernsthafte Seite. Wir lehnen den Streik ab. Der Pfarrerstand, und zwar der evangelische wie der katholische, und ich darf auch manchen kleinen Dorfrabbiner hinzurechnen, hat im Laufe der Jahrhunderte den Beweis dafür geliefert, daß im Widerspruch zu den Worten des Onkel Bräsig die Armut nicht von der „Roberte“ kommt (Heiterkeit); insofern nämlich, als wirkliche Bedürftigkeit durchaus noch nicht notwendig ein Proletariat erzeugen muß. Der Dorfpfarrer hat jahrhundertlang in den allererbärmlichsten Verhältnissen gelebt, denn die sogenannten reichen Pfründen sind äußerst selten oder gehören vielleicht ganz dem Gebiete der freundlichen Sage an. In den Pfarrhäusern, in den Studierstuben, die manchmal recht verträumt und bis in die neuere Zeit hinein zuweilen noch untapeziert waren, saßen oft still und fast vergessenen bei ihrer Lampe Trost alleine Gelehrte, Schriftsteller, Dichter; und das in Pfarrhäusern, die nicht nur die Armut sehr gut kannten, sondern teilweise auch den Hunger. Diese Pfarrhäuser haben trotz ihrer Dürftigkeit in großem Maßstabe oft und in schlimmen Zeiten glänzend Wohlthätigkeit geübt (Abg. Siebert: Sehr richtig!). Aus den Pfarrhäusern sind große Männer hervorgegangen. Die evangelischen Pfarrer haben ihre Knaben dem Staat zu wichtigsten Diensten herangezogen. Die katholischen Pfarrer haben begabte Kinder ihrer Gemeinde ausgebildet, in der Regel gratis und franko, aber nicht frustra. Ich erwähne z. B., daß aus dem evangelischen Pfarrhaus im Pechthal, das ganz gewiß nicht auf einer sehr noblen Pfründe basiert, zwei Minister Badens hervorgegangen sind, der berühmte Staatsminister Winter und der jetzige Minister Dietrich. Der Erstgenannte hat am Vaterhaus bereits eine Gedenktafel, dem Herrn Minister Dietrich will ich sie noch wünschen. Ja, die Pfarrer haben ein Kunststück gemacht, das kein anderer Stand ihnen nachzumachen bisher bestrebt war: sie haben nämlich, so kann man jene Aktion doch nennen trotz der Nebenerscheinungen, sie haben die Pfründen zusammengeworfen und gleiche Einkommen für alle hergestellt. Welcher Stand hat das noch jemals auch nur in Aussicht genommen? Ich wollte damit sagen, die Pfarrer haben damit den Beweis geliefert, daß man in dürftigen Verhältnissen leben und doch auf höchster geistiger Höhe stehen und bleiben kann. Sie sind nicht zu einem Gebildetenproletariat herabgesunken, haben auch nie stürmisch eine Gehaltserhöhung begehrt, nicht aufgeregt petitioniert, nicht gedroht, noch weniger gestreift, und

so soll es auch in Zukunft bleiben. Die Pfarrer wollen und sollen ein gutes Beispiel geben. Sie sollen und wollen ja, wenn man ihnen etwas als notwendig bewilligt, es mit Dank annehmen, aber sie wollen nicht mit Gewalt herausreißen. Also Streik lehnen wir ab, selbst auf die Gefahr hin, daß wir unter die gelben Gewerkschaften gerechnet werden (Heiterkeit). Denn wir sind gleichfalls organisiert. Wir haben unseren Pfarrverein, aber wir gebrauchen kein gewalttätiges Mittel. Und da ich doch von den gelben Gewerkschaften rede, und hier schon von ihnen gesprochen worden ist, da sie in einer gewissen Wesensgemeinschaft mit uns stehen, möchte ich noch etwas richtig stellen, was der Herr Abg. Kemmle in der zweiten öffentlichen Sitzung hier gesagt hat über die gelben Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Er führte aus: „Wenn man für diese Streiks irgend jemand verantwortlich machen kann, so doch nur diejenigen Elemente in Deutschland, durch deren reaktionäres Verhalten und durch deren Zwangsmaßnahmen große Arbeitermengen in den letzten Jahren organisatorisch nicht erfasst worden sind. Denn die Streiks in Schlesien und auch jene Streiks in Rheinland-Westfalen sind doch von den früheren gelben Arbeitervereinigungen ausgegangen, die von den Unternehmern, von der Schwerindustrie großgezogen worden waren, und die nun wie der Hund, der von der Kette losgelassen ist, sich auf die allgemeine Volkswirtschaft stürzen und jetzt sinn- und planlos Streiks über Streiks inszenieren. So ist die Geschichte zunächst losgegangen.“

Es erschien mir sofort fraglich, ob diese Darstellung der Wahrheit entspreche. Ich habe mich auch privatim erkundigt und die Auskunft erhalten, daß es nicht stimmt. Wenn man aber meinem Gewährsmann nicht glauben sollte, so wird man doch sicherlich Scheidemann glauben, und der hat in der Deutschen Nationalversammlung am 21. Februar 1919 sich folgendermaßen über jene Streiks im Ruhrgebiet und in Schlesien geäußert: „Die Spartakisten gehen von Jede zu Jede und zwingen die Arbeitswilligen zum Streik, obwohl 95 Prozent der Arbeiter gegen den Streik sind. In Duisburg ist gestern eine große Anzahl Arbeitswilliger getötet und schwer verwundet worden. Auf Arbeitswilligkeit ist die Strafe des Erschießens gesetzt worden. Das ist nur eine Handvoll von den vielen Meldungen, die uns täglich zugehen.“

Ich möchte nichts sagen über das Wesen und die Berechtigung dieser Gewerkschaften, welche bei Beginn der Revolution plötzlich und unbarmherzig vernichtet worden sind. Ich möchte hiermit nicht Anlaß geben zu irgend einer Debatte, die langwierig und uferlos werden müßte. Ich wollte aber doch diese Tatsache richtigstellen (Beifall).

Verkehrsminister Müder:

Der Herr Abg. Karl hat soeben warme Worte gefunden insbesondere für das Fahrpersonal. Ich möchte mich diesen warmen Worten anschließen, aber sie ausdehnen auf das gesamte Eisenbahnpersonal. Nicht allein die Fahrbediensteten, sondern alle haben in hohem Maße und in weitem Umfange ihre Pflicht erfüllt.

Der Herr Abg. Karl hat darauf hingewiesen, daß innerhalb der Regierung die Frage erwogen worden wäre, ob nicht das Fahrpersonal eine besondere Teuerungszulage erhalten sollte. Mir ist von einer derartigen Behandlung dieser Frage in der Regierung nichts bekannt. Die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß diese Teuerungszulagen nicht nach Verdienst gewährt werden sollen, sondern deshalb, weil wir die Auffassung gehabt haben, daß eine soziale Notlage vorliegt und zwar gleichmäßig bei allen, und daß daher alle gleichmäßig behandelt werden sollen. Im übrigen glaube ich, daß das Fahrpersonal es ablehnen würde, besondere Vorzüge gegenüber den anderen Eisenbahnern zu erhalten; ich bin überzeugt davon, daß sie das nicht wünschen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich den Herren etwas anderes mitteilen, eine Bitte an Sie alle richten. Ich glaube, dem Fahrpersonal draußen ist lieber als eine besondere Geldbelohnung eine Erleichterung ihrer Arbeit. Von allen Seiten gehen mir täglich Klagen zu, daß es unserem Fahrpersonal kaum mehr möglich ist, die Ordnung draußen im Verkehr aufrecht zu erhalten. Es wird mir mitgeteilt, daß es insbesondere des Morgens und des Abends oft toll zugehe, aber überhaupt ein großer Teil der Fahrgäste sich an die Verkehrsordnung nicht mehr halte. Es sind Fälle vorgekommen, wo unsere Beamten nach hartem langen Dienst täglich bedroht worden sind, es sind Fälle vorgekommen, daß Leute mit Fahrkarten für vierte Klasse sich in die erste oder zweite Klasse setzten und alle guten Mahnungen, dorthin zu gehen, wohn sie gehören, in den Wind

gesprochen waren. Es war nicht möglich, hier Ordnung zu schaffen. Der Herr Abg. Karl hat hier davon gesprochen, daß wieder Disziplin herrschen müsse; ich unterzeichne das in vollem Maße, soweit der Verkehr zunächst in Frage kommt. Wir belamen in den letzten Tagen auch Bitten unseres Personals um Veretzung in ruhigere Gegenden. Wir können das nicht, müssen vielmehr verlangen, daß unsere Leute auch in schweren Tagen auf ihrem Posten bleiben. Aber ich darf Sie im Namen insbesondere der Arbeiter und der unteren Beamten herzlich bitten, dahin zu wirken, daß das Publikum draußen sich wieder an die Ordnung gewöhnt.

Und nun eine andere Frage, die gestern von dem Herrn Abg. A m a n n und heute von dem Herrn Abg. Karl berührt worden ist, das Gebiet der Disziplin. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wenn irgendwo in einem Betrieb unseres Landes Disziplin herrschen muß, daß das der Eisenbahnbetrieb in vollem Umfange ist. Allerdings erwarte ich, daß die oberen Beamten ihre untergeordneten Beamten und Arbeiter so behandeln, wie es der Zeitgeist erfordert. Ich habe bereits im November in dieser Hinsicht einen Erlaß hinausgegeben und besonders noch einmal am 30. Dezember v. J. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir erwarten, daß alle Vorgesetzten sich in der gegenwärtigen erregten Zeit eine freundliche und wohlwollende Behandlung gegenüber ihrem Personal angelegen sein lassen sollen, habe auch darauf hingewiesen, und das möchte ich besonders dem Herrn Abg. A m a n n sagen, daß es nicht angeht, daß jede Woche Klagen kommen über obere Beamte oder mittlere Beamte allgemeiner Art und in einer Weise gehalten, daß damit nichts angefangen werden kann. Es trägt nicht zur Festigung der Disziplin bei, wenn hier in diesem Hause erklärt wird, daß noch eine Reihe von Beamten befreit werden müssen, und es trägt nicht zur Erhöhung der Disziplin bei, wenn durch allgemein gehaltene Reden die Stellung der oberen Beamten erschwert wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Beamte, die an ihrer Stelle nichts taugen, die nicht umgehen können mit der Umwelt und insbesondere es nicht verstehen, mit den untergeordneten Organen menschlich und freundlich umzugehen, befreit werden müssen, aber ehe ein Beamter befreit wird, muß geprüft werden, ob die Gründe berechtigt sind. In der Tätigkeit, die ich nun einige Monate zu leisten habe, ist es mir immer am peinlichsten gewesen, gerade diese Frage zum Austrag zu bringen. Auf der einen Seite steht strenge Pflichterfüllung, auf der anderen Seite steht der Wunsch, daß Beamte befreit werden; hier muß vor allen Dingen nicht der Stimmung Rechnung getragen werden, sondern dem Höheren, das ist die Gerechtigkeit. Ich möchte bitten, daß in allen Kreisen, in den Kreisen der Arbeiterschaft wie in den Kreisen der oberen Beamten immer das Eine beachtet wird, daß sie gerecht nach allen Seiten, nach unten und nach oben sich zu verhalten haben, und daß ihr höchster Grundsatz sein muß: Pflichterfüllung und Gerechtigkeit im Dienst (Weisfall).

Abg. Weisshaupt (Zentr.):

Wenn man draußen steht steht im Erwerbsleben, wenn man selbst Angehöriger des Mittelstandes ist, so kann man sich mit den Ausführungen, die gestern hier im hohen Hause gemacht worden sind, nicht voll einverstanden erklären. Es ist von manchen Rednern geradezu mit Begeisterung den Vorlagen zugestimmt worden, die uns unsere vorläufige Regierung gemacht hat, von denen die eine von der badischen Staatskasse 80 Millionen für Leuzerungszulagen und die andere auf der anderen Seite Steuerzuschläge, einmal 20 % für die Einkommensteuer, dann die Heraufhebung des Steuerjahres bei der Vermögenssteuer von 11 auf 13 % verlangt, die im ganzen 12 Millionen für die Staatskasse einbringen soll. Die Regierung ist ferner aufgefordert worden, steuerliche Wege zu gehen, die ich von meinem Standpunkt aus für vollständig falsch halte, ja, ich möchte sagen, daß ich sie für sehr gefährlich halte. Der Herr Finanzminister und der Herr Verkehrsminister haben uns am Dienstag abend ein Bild über unsere wirtschaftliche und hauptsächlich über die finanzielle Lage gegeben. Der Herr Finanzminister hat zu Beginn seiner Ausführungen Sonnenstrahlen scheinen lassen hauptsächlich auf den Teil der Bevölkerung, der in den Genuss dieser Leuzerungszulagen kommt, dann hat er recht bald dunkle Wolken aufziehen lassen, Steuerwolken, die für die Leute, die draußen im Erwerbsleben stehen, nicht sehr erfreulich sind. Die Steuerwolken kamen immer dunkler in seiner Rede und ich bin der Meinung, daß sie noch dunkler kommen werden, ganz besonders wenn das in Erfüllung geht, was er bereits in Aussicht gestellt hat, wenn das Reich uns die 210 Millionen nicht zurückerstattet, die die

badische Staatskasse für die Lieferungsverbände vorzuschußweise geleistet hat. Ich bin der Meinung, wenn der Staat gerettet werden soll vor dem Zusammenbruch, dann muß eine Finanzwirtschaft getrieben werden, die ihr Ziel dahin richtet, daß sie auf das Schlimmste eingestellt ist, nur dann können wir vor dem Zusammenbruch, vor dem Staatsbankrott bewahrt werden. Wir müssen vor allem Einnahmen schaffen, bevor wir Ausgaben machen, und vor allem müssen wir darauf bedacht sein, uns so gut wie möglich und so viel wie möglich einzuschränken. Es ist gestern von verschiedenen Rednern gemeint worden, der Herr Finanzminister hätte etwas optimistisch gesprochen. Im Gegenteil, ich konnte das nicht finden, ich bin der Meinung, daß er sogar pessimistisch gesprochen hat. Ich halte das bei einem Finanzminister für keinen Fehler. Im Gegenteil, ich meine die Herren Finanzminister dürften allgemein im ganzen Reich ihre Saiten noch etwas tiefer stimmen, sonst könnte es manchmal aussehen, als wenn es Einladungen sein sollten für neue Forderungen, die an die einzelnen Staatskassen und ganz besonders an die Reichskasse gestellt werden.

Der Herr Verkehrsminister hat uns ja etwas freundlichere Aussichten gezeigt, aber ich möchte ihm nicht ganz zustimmen. Ich stehe ja selbst im Erwerbsleben und ich weiß, wie es im wirtschaftlichen Leben ungefähr aussieht. Durch meine Stellung im badischen Bauernverein bin ich besser informiert und da kann ich den Ansichten des Herrn Verkehrsministers nicht zustimmen. Der Herr Verkehrsminister hat eine Mitteilung gemacht, die nicht erfreulich ist und die jedenfalls draußen im Wirtschaftsleben recht bitter empfunden wird. Er hat uns mitgeteilt, daß die Frachtsätze und Frachtkosten für alle Güter hinaufgesetzt werden sollen und daß die Fracht für Viehsendungen sogar um 60 % hinaufgesetzt wird. Wenn das alles so eintritt, dann wird man das draußen im Wirtschaftsleben schwer empfinden, denn das bedeutet einen neuen Faustschlag in unser zurzeit sehr stark darniederliegendes Wirtschaftsleben.

Die jetzige Vorlage, die zur Beratung steht, fordert große Opfer einmal vom Staat, dann aber auch vom Steuerzahler, und da muß ich dem zustimmen, was gestern einer der Herren Redner, und ich glaube auch der Herr Finanzminister, gesagt hat: man hat in letzter Zeit so viel hören müssen aus Beamtenkreisen, daß nirgends weniger getan werde, als in Baden, und wenn man dann hört, daß einschließlich des Jahres 1918 in unserem kleinen Land Baden 112 Millionen Mark für Zulagen gegeben worden sind, und daß für das Jahr 1919 sogar 121 Millionen vorgesehen sind, so tut man doch dem badischen Staat und der Regierung unrecht. Angesichts dieser riesigen Forderungen muß ich mir die Frage vorlegen, ist es möglich, kann es so weiter gehen, müssen wir nicht andere Wege beschreiten, und ich kann keine andere Antwort darauf geben, als: es ist nicht möglich, so kann es nicht weitergehen. Denn die Not ist nicht nur bei den Beamten und Staatsarbeitern, sondern die schwere Zeit ruht überall auf jedem einzelnen Hauswesen, auf jeder einzelnen Familie. Ich bin der Meinung, daß die Bedürftigkeit für die Leuzerungszulage auch zu finden ist bei dem anderen erwerbstätigen Volk, nicht nur bei den Staatsarbeitern. Sie ist zu finden bei den kleinen Landwirten, die oft noch nebenher Tagelöhner sind und daß die Notlage am größten ist in den Kreisen der Handwerker. Wir alle sind der Meinung, und ich habe das schon früher ausgesprochen, daß unter allen Ständen, der Handwerkerstand, der Kleingewerbetreibende, am meisten während des Krieges gelitten hat. Jetzt ist er aus dem Kriege einmal zurückgekehrt, jetzt fehlt ihm das Handwerkzeug, jetzt fehlen ihm die ganzen Rohstoffe, auf deren Zuweisung aus den Heeresbeständen er so große Hoffnungen gesetzt hat. Die Enttäuschung ist in der letzten Zeit ungemein groß geworden, weil die Handwerkervereinigungen selbst zusehen müssen, wie das meiste Heeresgerät in den Handel übergeht und nur mit hohen Zuschlägen an das Handwerk abgegeben wird, und das recht langsam. Manchem Handwerker draußen fehlt auch das Betriebskapital und am allermeisten fehlen ihm die Arbeitskräfte. Draußen auf dem Lande und in den kleinen Städten ist es dem Meister absolut unmöglich, daß er Arbeiter bekommt, oder daß ihm irgendwie eine Arbeitskraft zugewiesen werden kann. Wenn im Ganzen 4,8 Millionen für das Handwerk gefordert werden, so bin ich der Meinung, daß dies eine verschwindende Summe ist — die sogenannte Mittelstandshilfe — gegenüber dem, was sonst der Staat für alles Mögliche schon aufgewendet hat. Und der Staat hat doch die Verpflichtung für alle zu sorgen, denn alle sind seine Glieder.

Der Herr Finanzminister hat uns dann in seiner Rede noch weiter aufgezählt, was alles geleistet werden soll und was der Staat für Ausgaben noch machen will, das sind für das Jahr 1919, wenn ich richtig verstanden habe, ungefähr 62 Millionen, die aber bis jetzt noch ungedeckt sind. Wenn der Staat das alles ausgeben will, muß er Anleihepolitik treiben. Es wird aber nötig sein, daß wir die einzelnen Posten, die der Herr Finanzminister vorgetragen hat, und die für diesen oder jenen Zweck geleistet werden sollen, noch prüfen. Er hat uns mitgeteilt, daß ungefähr 800 000 M. Zuschüsse gegeben werden sollen für Beschaffung von Papier an Zeitungen. Wenn das alles richtig ist, was gesagt worden ist, daß gerade die Amtsverfünderverleger usw. sehr schöne Geschäfte während des Kriegs gemacht haben, so könnte man auch an dieser Position einige 100 000 M. streichen und sie vielen besser für den gewerblichen Mittelstand verwenden.

Dann wurde eine Vorlage gemacht über 900 000 M. für Siedelungszwecke. Ich bin der Meinung, daß für Siedelungszwecke in der jetzigen Zeit gar keine finanzielle Opfer gebracht werden müssen, wenn die Sache richtig in die Hand genommen wird, daß dort im Gegenteil nur Durchgangsposten gebucht werden müssen. Aber es wäre Zeit und zwar höchste Zeit, daß endlich einmal etwas getan wird. Wir sprachen den ganzen Winter davon, jetzt sind wir im Frühjahr, die Siedelungen sollten bestellt werden, aber es ist noch gar nichts getan. Es fehlt hier der Mann, der den Mut hat, die Sache richtig in die Hand zu nehmen; wir jamstern immer um Siedelungen, stehen aber nach einem halben Jahr noch auf dem gleichen Punkt. Die Siedelungen müssen ihre Ausgaben selbst beden, wenn die Sache richtig in die Hand genommen wird. Die jetzigen Pläne halte ich nicht für zweckdienlich. Sie sind danach angesetzt, daß die Staatskasse Opfer bringen muß, was erübrigt werden kann.

Dann sollen 2 Millionen Mark für Schaffung einer Landbank bereitgestellt werden. Auch diese Position kann der Staatskasse, glaube ich, ganz gut wieder zurückgegeben werden. Denn wenn die Landbank richtig funktioniert, und wir wollten wünschen, daß sie jetzt schon in Tätigkeit wäre, dann könnte sie jetzt schon manches Geschäft übernehmen. Sie könnte gewinnbringend sein und hätte von Seiten des Staates absolut keine Hilfe nötig. Wenn ich gesagt habe, wir können bedauern, daß wir die Landbank noch nicht haben, so halte ich es für ganz gerechtfertigt. Denn gerade in der Jetztzeit, wo man daran ist, von großen Betrieben Gelände abzugeben, wäre die Landbank die gegebene Vermittlerin für derartige Geschäfte, und die Staatskasse bräuhete überhaupt keine Opfer zu bringen; im Gegenteil, das Kapital könnte mit Zins und Zinseszins ganz gut wieder zurückbezahlt werden.

Eine Summe von ungefähr 20 Millionen Mark wird angefordert für die Volkswehren. Ich nehme an, daß in dieser Position auch die Mittel enthalten sind für unsere Freiwilligen-Bataillone, sonst würde mir die Position ziemlich hoch erscheinen (Minister Dr. Wirth: Nein, die sind nicht dabei!). Dann ist die Position etwas hoch, was man draußen in der Bevölkerung nicht verstehen kann.

Dann sind für das erste Halbjahr 10 Millionen für Erwerbslosenfürsorge gefordert. Man wird auf dem Lande draußen den Kopf schütteln, wenn man etwas von dieser Position erfährt. Es ist unerträglich, wie man dafür eine solche Menge Mittel verwenden kann. In den kleinen Städten haben die Handwerker keine Arbeitskräfte, und wir in der Landwirtschaft haben jetzt im Winter, seit die Gefangenen fort sind, viel zu wenig Arbeitskräfte, und mit banger Sorge sieht man dem Sommer entgegen. Ich glaube, hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden in der Abgabe von Fürsorgegeldern für Erwerbslose. Ich glaube, wenn man mit der Abgabe von Bargeld etwas zurückhalten würde, wäre es viel besser. Wenn die Erwerbslosenfürsorge in kleine Beiträge u. Essen stattfinden würde, würde sich vielleicht mancher aus der Stadt auf das Land beziehen und dort einen Beruf ergreifen, den er vorher nicht gehabt hat. Auch an der Front, im Schützengraben, hat mancher etwas anderes treiben müssen als er in der Friedenszeit gewohnt war. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden, sonst wird die Masse der Arbeitslosen in den Städten noch größer werden, und ebenso der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande. Die Unterstühtungen, wie sie im letzten Winter bezahlt worden sind, sind viel zu hoch. Die Erwerbslosenfürsorge kann nicht dafür da sein, daß der Erwerbslose sich ein schönes Leben verschaffen, ein paar mal im Tag in das Kino gehen und, wie der Vorredner gesagt hat, fleißig Zigaretten rauchen kann. Hier muß Wandel geschaffen werden, sonst wird der ganze Staat Not leiden. Der Landtag hat in der

letzten Zeit viel zu viel die Rolle des wohlwollenden Spenders gespielt, anstatt die eines Sparers. Wenn wir in dieser Beziehung nicht Wandel schaffen und Umkehr halten auf unserem Wege, dann ist der Zusammenbruch des Staates unvermeidlich. Ich bin der Meinung, daß die Volksversammlung, die wir hier sind, mehr die Rolle eines Hausvaters spielen soll in dieser schweren Zeit.

Gestern sind von verschiedenen Seiten Steuern verlangt worden. Besonders stürmisch ist verlangt worden, daß kräftig zugegriffen werden soll bei der Vermögensabgabe. Es wird aber sehr darauf ankommen, wie die Vermögensabgabe gemacht wird, wie die einzelnen Vermögen erfasst werden sollen. Denn es ist doch nicht einerlei, ob das Vermögen in barem Geld besteht, oder ob es angelegt ist in der Industrie, die sehr gut rentiert, oder ob das Vermögen bei einem kleinen Handwerker oder in der Landwirtschaft angelegt ist, wo bekanntlich immer nur eine kleine Rente herauskommt. In dieser Beziehung bitte ich die Regierung, daß sie vorsichtig vorgeht. Wenn das Vermögen da zu stark geschwächt wird, fehlt in manchen Betrieben das Betriebskapital und das ist gleichbedeutend mit dem Ruin des gesamten Wirtschaftslebens. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß, wenn derartige Forderungen an die Steuerzahler gestellt werden, die Staatseinnahmen kleiner werden. Die Steuereinnahmen werden sich kolossal verkleinern, sie gehen zurück und der Staat wird nicht mehr in der Lage sein, das zu leisten, was er bisher geleistet hat. Eine steuerliche Überlastung wird unbedingt den Zusammenbruch unseres ganzes Wirtschaftslebens mit sich führen, vor allem den Zusammenbruch unseres ganzen Mittelstandes. Deshalb bin ich der Meinung, daß hier größte Vorsicht geboten ist.

Das schwierigste Problem, das wir in der nächsten Zeit zu lösen haben, wird jedenfalls das sein, von dem gestern auch schon gesprochen worden ist, der Abbau der Löhne und der Abbau der Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Gestern wurde die Meinung geäußert, man mühte zuerst mit dem Abbau der Lebensmittelpreise anfangen. Wenn man das bei uns machen wollte, so wäre das am falschen Teil angefaßt. Denn nirgends sind die Lebensmittel billiger als bei uns in Deutschland; wenigstens die Preise für die Produzenten sind die billigsten von allen Ländern; wir dürfen nicht rechnen mit den Preisen, die im Schleichhandel oder auf dem Hamsterweg bezahlt werden. Die Leute, die diese Preise bekommen, sind auch weniger die Produzenten als die Schleichhändler, vor allem nicht die Leute auf dem platten Land. Zu diesen kommen die Schleichhändler. Uns auf dem platten Land wäre es viel lieber, wir wären verschont von solchen Gängen, man sieht sie nicht gern, besonders diejenigen nicht, die so fürchtbar aufdringlich sind, denen die Landwirte sogar sagen müssen, sie sollen den Hof verlassen, und die, wenn sie nichts bekommen, die unerschämtesten Schimpfworte gebrauchen (Zuruf links: Das Geld steckt der Bauer aber doch gern ein!). Dem Bauer ist es viel lieber, besonders dort, wo wir noch reine Landwirtschaft haben, wenn er nicht bejuchet wird von den Leuten aus der Stadt und wenn er seine Produkte an die Sammelstelle abliefern kann. Den Leuten in den Städten ginge es auch viel besser, die Städte hätten dann mehr zu verteilen. Ich weiß, daß Bezirke, die früher ihre vollständige Sollmenge in Getreide, Fett und Vieh abgeliefert haben, heute auf die Hälfte zurückgesunken sind infolge des Schleichhandels und des Schwarzschlachtens. In den Preisen, die die Produzenten jetzt bekommen, ist nicht zu rütteln, denn sie sind kaum um 50 bis 60 % erhöht gegen Friedenszeit, wogegen bei den Händlern oft eine 400 bis 500prozentige Erhöhung der Preise vorliegt. Deshalb bin ich der Meinung, wenn hier abgebaut wird, muß die allergrößte Vorsicht walten. Nach meiner Ansicht muß vor allem dort abgebaut werden, wo man in der ersten Stunde nach Kriegsbeginn Zuschläge auf alle Waren gemacht hat, das ist besonders beim Großhandel, wo die vielen Rohstoffe und Fertigfabrikate gelagert haben. Wenn irgendwo abgebaut werden kann, muß es an dieser Stelle geschehen, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Betriebe etwas Schaden leiden, weil gerade diese großen Betriebe Millionen von Gewinnen gemacht haben. Ich möchte wünschen, daß eine Regierung hier einmal vorginge, den Mut hätte, hier einmal kräftig anzufassen. Es wird dann unbedingt eine Besserung eintreten.

Wir müssen alle zusammen helfen, um Ruhe und Ordnung zu schaffen, damit wir aus der jetzigen ganz fatalen Wirtschaft herauskommen. Wenn wir aber das wollen, müssen wir alle Opfer bringen und müssen diese Überzeugung allen Berufsständen beibringen, auch den Beamten und Staatsarbeitern.

Diese vor allem müssen sich selbst sagen, daß wenn wir zusammenbrechen, wenn wir dem Staatsbankrott entgegengehen, niemand mehr die Leidtragenden sein werden, als die Staatsbeamten und die Staatsarbeiter selbst (Weisfall rechts).

Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.):

Anlässlich dieser einzelnen Vorlagen sind wir in eine regelrechte Finanzdebatte hineingekommen, aber ich halte das für gar kein Unglück. Der Herr Finanzminister hat gestern selber die ganze Lage des Staatshaushaltes, die Verhältnisse zum Reich und die inneren Verhältnisse Badens klar gelegt, und die Herren sind darauf eingegangen, vor allem die Herren von Zentrum. Wir haben auch jetzt wieder gehört, wie eng die volkswirtschaftlichen Verhältnisse mit den finanziellen Verhältnissen verbunden sind. Aber ich glaube, es liegt hier auch eine gewisse Gefahr für uns vor, daß wir uns gar zu sehr in Einzelheiten zersplittern, daß wir fortwährend auf kleine Maßregeln den Nachdruck legen, auf den Zuspruch, welcher den Zeitungsverlegern auf ihr Papier gegeben werden soll und dergleichen.

Der Herr Finanzminister hat gestern wieder mit vollem Recht darauf aufmerksam gemacht, wie eng unsere badischen Finanzen mit den Reichsfinanzen verbunden sind. Auf dem Gebiete der Finanzen zeigt sich viel mehr wie auf jedem anderen, daß der Einzelstaat mit dem Reich auf Geduld und Verdrerb verbunden ist. Und die Grundfrage wird uns noch oft beschäftigen müssen, wie denn die Auseinandersetzung mit dem Reiche, wie die Verbindungen mit den Finanzen des Reichs einerseits und die Sonderung der Einnahmequellen für die Einzelstaaten und insbesondere Baden andererseits zu erfolgen hat. Es mag bedauerlich sein, daß wir soviel Zeit darauf verwenden müssen, ehe wir zu unserer eigentlichen Aufgabe, der Erledigung der Verfassungsfragen kommen. Aber noch ist die Verfassung nicht da, es ist nur zu hoffen, daß sie dennächst einmal kommt; und solange sie nicht da ist, glaube ich, haben wir gar nichts Wichtigeres zu tun, als diese finanziellen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse einer Erörterung zu unterziehen.

Die Verbindung unserer Finanzen mit dem Reiche ist der springende Punkt, und da können wir eines sagen: Wenn schon die frühere Reichsverfassung ein überkünstliches Werk war und an allen möglichen Stellen einen Notbehelf darstellte, so gilt von der Ordnung der Finanzen im Reich und Einzelstaat das doppelt und dreifach. Das war der schwache Punkt in der alten Reichsordnung und darunter haben wir schwer gelitten. Da zeigt sich, daß das System, auf dem alles beruhte, das System der Matrikularbeiträge ein Unglück war, das nie mehr wiederkehren darf. Ich glaube, darüber müssen wir uns von vornherein klar werden. Zu den Matrikularbeiträgen ist man gekommen, es ist das beinahe wie ein Witz der Weltgeschichte, durch das Institut des alten heiligen römischen Reiches deutscher Nation, das man 1871 wieder aufnahm. Durch das System der Matrikularbeiträge schienen die Rechte der Einzelstaaten gegenüber dem Reiche besonders gut gewahrt; aber das schien nur so, denn es war keinem einzelnen Landtag vorbehalten, wirklich zu bestimmen, was er erhob, sondern die Matrikularbeiträge mußten geliefert werden; über ihre Höhe befand der Reichstag, und insgedessen war das Budgetrecht der Einzelstaaten eigentlich lahmgelegt. Sie hatten nur dafür zu sorgen, wie sie die Matrikularbeiträge aus ihren anderen Einnahmen zahlen wollten. So war tatsächlich das Recht der einzelnen Staaten und Landtage durch das System der Matrikularbeiträge viel mehr beeinträchtigt, als wenn man dem Reich von vornherein selbständige große Einnahmen zur eigenen Erhebung überweisen hätte. Was ist die Folge davon gewesen? Daß, wie Bismarck einst gesagt hat, das Reich der lässliche Kostgänger bei den Einzelstaaten war. Er hat versucht, das Verhältnis umzukehren und das Reich zum Spender für die Einzelstaaten zu machen. Das ist nach 1870 ein paar Jahre gegangen, dann kamen die Matrikularbeiträge wieder und immer wieder in erhöhtem Maße. Dann kam die Notwendigkeit für das Reich, doch zu eigenen Einnahmequellen überzugehen. Die Matrikularbeiträge konnten nicht bezahlt werden, und man kam zu der Epoche, wo die deutsche Volkswirtschaft in eine Blüte stand wie nie zuvor, das Reich aber in die Defizitwirtschaft hineingeriet und Schulden machen mußte. Die Matrikularbeiträge mußten gestundet werden. Man suchte sie zu veredeln, aber damit kam man auch nicht vorwärts, obgleich man einsehen mußte, daß die Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten sehr verfallen und die Umlage nach Köpfen auf die Einzelstaaten ihr Ruin war. Was war die Folge? Daß die Finanzen des Deutschen Reiches in der Welt ein schlechtes Ansehen hatten und

die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bei den Gegnern ungeheuer unterschätzt wurde. Das war der Zustand des alten Deutschen Reiches, der aus dem unglücklichen System der Matrikularbeiträge herrührt. Daher müssen wir uns alle klar machen, daß ein derartiges System nicht wiederkehren darf.

Nun aber die andere Frage: Wenn das Reich seine eigenen Einnahmen haben soll, ist dann das System vorzuziehen, diese Quellen der Reichseinnahmen ganz und gar zu trennen von denjenigen der Einzelstaaten? Oder ist es vielmehr angezeigt, die beiden aufs engste miteinander zu verbinden? In Baden und in den meisten Einzelstaaten besteht die Ansicht, daß das beste eine reine und saubere Teilung sei, und ich habe das eigentlich auch aus den Worten des Herrn Finanzministers im wesentlichen herausgehört, gerade so wie aus den Worten eines ausgezeichneten Sachkenners, wie es unser früherer Finanzminister war in seiner neuesten Schrift. Ich glaube, daß die Not des Reiches, sich Einnahmen zu beschaffen für seine unerhörte gewachsenen Ausgaben, es wohl ganz von selbst mit sich bringen wird, daß für die Verwaltung der Steuerquellen diese Grenzen zwischen den Einzelstaaten und dem Reich aufgehoben werden, und daß wir notgedrungen, aber vielleicht schließlich doch zu unserem Vorteil, auf die engste organische Verbindung von Reichsfinanzen und Staatsfinanzen hinauskommen werden. Gewiß, es läßt sich ja für jene reinliche Scheidung manches sagen; so wie sie frühere Finanzminister, namentlich Miquel u. A. durchgeführt haben oder wenigstens durchzuführen wollten. In Preußen hat man die Realsteuern den Gemeinden überwiesen, bei uns nicht in vollem Maße. Mannheim und Karlsruhe würden es gewiß recht gerne sehen, wenn eine vollständige Überweisung der Realsteuern an die Gemeinden stattgefunden hätte. Baden hat aber geglaubt, es nicht tun zu können. Wenn es dann weiter heißt: „Die indirekten Steuern — die Aufwandssteuern, die Verbrauchssteuern — dem Reich“, so ist das ja garnicht der Fall. Wir hören es mit vollem Recht, daß unser Etat jetzt auf den Aufwandssteuern in Baden beruht. Wir haben die Biersteuer, wir haben die besondere Weinsteuer gehabt, bis vor kurzer Zeit auch eine besondere Fleischsteuer, also waren auch die Einzelstaaten auf die Aufwandssteuern schon früher angewiesen. Andererseits hört man immer wieder: „Benignitäts die Sicherheit der direkten Steuern, die Personalsteuern für die Einzelstaaten!“, sie seien das Rückgrat des ganzen Staatshaushalts. Ich glaube, dieses Rückgrat ist schon gebrochen mit dem Wehrbeitrag vor dem Kriege, und in der einen oder anderen Weise wird und muß das Reich, das sich nicht bloß mit der Erbschaftsteuer begnügen kann, auf die direkten Steuern übergreifen. Es ist reine Theorie, wenn man jetzt noch sagt, diese Scheidung besteht.

Ich betone noch einmal, es ist für uns garnicht wünschenswert, wir wollen und können die direkten Steuern nicht für uns allein zurückhalten. Man stelle sich einen Augenblick vor, daß dem Reich die Personalsteuer — die Einkommens- und Vermögenssteuer — versagt werden soll; was wäre die Folge? Die unerhörte großen Reichsausgaben, die wir in Zukunft zu bestreiten haben — wir wollen einmal ganz absehen von dem, was uns die Feinde auferlegen wollen — und die auch so schon sich auf nahezu 9–10 Milliarden berechnen können, die allein durch die Aufwandssteuer aufgebracht werden und außerdem durch die Verbrauchssteuern, die von vornherein die bedenklichsten aller Reichssteuern sind, und von denen wir hoffen wollen, sie möglichst bald wieder los zu werden. Was würde das bedeuten? Ich bin keineswegs ein absoluter Gegner der Aufwandssteuern; sie sind keineswegs unsozial, sie sind eine unbedingte Notwendigkeit, um zu denjenigen Klassen zu kommen und von ihnen Steuerbeträge zugunsten des Staates zu erheben, zu denen man aus technischen Gründen mit der direkten Erhebung nicht kommen kann; aber eine solche Steuer wird und muß unsozial wirken in allergrößtem Maße, wenn sie eine mäßige Höhe überschreitet, und das würde ja in diesem Falle im Reich der Fall sein. Schließlich wirken derartige Steuern doch als Kopfsteuern auf den Konsumenten. Gewiß, er schämt sich damit nach seiner Leistungsfähigkeit ein, nach der Leistungsfähigkeit seines Beutels und unter Umständen bei der Getränkesteuer auch noch nach einer anderen Leistungsfähigkeit; es liegt also eine gewisse Art von Selbstschätzung vor. Das hilft aber nicht darüber weg, daß sie tatsächlich nicht mit der Leistungsfähigkeit des Vermögens, des Einkommens im Einklang stehen, daß sie auf der breiten Masse der Konsumenten — und Konsument ist jeder bis zur untersten Volksschicht — liegen. Infolgedessen ist die Opposition der Sozialdemokratie

gegen die indirekten Steuern vielleicht im Einzelnen übertrieben, im großen Ganzen aber ist es ihr gutes Recht.

Nun stellen Sie sich den Zustand vor, daß wir die Reichsausgaben verweisen wollten einzig und allein hierauf. Das würde in einem Reich, das einen sozialen Aufbau erhalten soll, die unsozialste aller Maßnahmen sein. Also ist aus diesen sozialen Gründen unbedingt notwendig, daß das Reich seine Einnahmen jetzt auf Einkommen und Vermögen — die beide sich ergänzen, denn die Vermögenssteuer ist ja eine Ergänzungssteuer — aufbaut. Wenn es heißt: dadurch würde dem badiſchen Staat und den Einzelstaaten die besten Einnahmequellen entzogen, dann muß man doch antworten: es kann der Staat immer noch seine Zuschläge machen. Ich glaube, daß dieses System der Zuschläge zu den Reichsteuern, wie es die Kommunen jetzt schon haben, sogar weitaus vorzuziehen ist. Können Sie sich überhaupt den Zustand im künftigen Deutschland vorstellen, daß wir ein Duzend oder mehr wie ein Duzend einzelner Einkommensteuersysteme hätten, daß jeder einzelne Staat nach seinem eigenen Belieben, wie bis jetzt, wo die Abweichungen zumteil beträchtlich sind, organisiert, so daß wir eine Art Wettbewerb der Einkommensteuersysteme in Deutschland hätten, daß vielleicht nicht nur ein Wettlauf statt findet, welcher Staat die höchste, sondern welcher unter Umständen die niedrigste Einkommensteuer formuliert. Ich kann mir das im neuen Deutschland schlechterdings nicht vorstellen. Ich glaube, hier müßte das Prinzip der Freizügigkeit gelten, wir müßten ein einheitliches Einkommensteuersystem durch ganz Deutschland haben, das der Einheitlichkeit unserer Volkswirtschaft tatsächlich entspricht. Wenn dies der Fall ist, könnte man sich nur zwei Wege denken, den einen, daß dem Reich nur die Einkommenbesteuerung für gewisse Vermögensgrößen vorbehalten bleibt. Ich würde diesen Weg kaum als den besseren ansehen; jedenfalls dürfte er nicht dahingehen, daß ein Verbot für die Einzelstaaten eintritt, für die höheren Vermögen noch besondere Steuerzuschläge zu machen. Schließlich kommen wir auch da immer wieder auf das System der Zuschläge hinaus. Wählen wir dieses, so wird damit doch eigentlich von dem Budgetrecht der Einzelstaaten, von dem Steuerbewilligungsrecht der Einzelparlamente gar nichts abgebrochen. Darauf kommt es wahrhaftig nicht an, daß man über die innere Organisation einer Steuer, die Art und Weise ihrer Veranlagung und die besonderen Objekte in den einzelnen Parlamenten berät, sondern darauf kommt es an, daß wir die genügende Menge Geldes bekommen für die Aufgaben und Ausgaben, die uns notwendiger Weise zuwachsen. Das ist eher eine Entlastung, die den einzelnen Parlamenten gewährt wird, als eine Entziehung von Rechten. Wenn wir nur die Möglichkeit haben, das Nötige zu beziehen, dann wollen wir zufrieden sein. Es wird wahrlich schwer genug werden, dieses Notwendige zu erhalten. Also zu den direkten Steuern für das Reich Zuschläge zu erheben, das bedeutet nicht eine Entrechtung, bedeutet nicht, daß die Einzelstaaten gewissermaßen nur zu höheren Selbstverwaltungsförpfern gemacht werden, sondern es bedeutet tatsächlich, daß man sich unter den Schutz und Schirm des Reiches begibt, daß sie ihr ganzes Steuersystem aufs engste mit dem des Reiches verflechten.

Ganz besonders kommt heutzutage in Betracht die Vermögenssteuer, und wie ein Gespenst, oder wie ein verhalltes, dunkles Bild der Zukunft wandelt die Frage der großen Vermögenssteuer, der sogenannten Vermögenssteuereinzahlung, durch unsere Zeit, und der Herr Finanzminister hat gestern sehr beherzigenswerte Worte auch darüber gesprochen. Ja, eine derartige große Vermögenssteuer wird und muß kommen; aber die Sorge, daß sie nicht unsere Volkswirtschaft verwüste, müssen wir fortwährend ins Auge fassen. Ich habe kürzlich einmal einen unserer größten Industriellen im Rheinland gesprochen, und der sagte mir: man nehme mir die Hälfte meines Einkommens als Einkommenssteuer, und ich will es gerne tragen, aber man nehme mir nicht mein Vermögen, denn mein Vermögen ist mein Arbeitswerkzeug. Das ist vielleicht etwas übertrieben, aber im Grunde richtig. Wir werden bei der Einkommenseinzahlung geradezu überall darauf sehen müssen, daß das eigentlich werbende Kapital möglichst wenig angegriffen, daß es nicht beeinträchtigt wird in seiner Tätigkeit. Wir werden eventuell Stundungen, Gewinnbeteiligungen oder wenigstens Vermögensbeteiligungen bei solchen großen Werken zu berücksichtigen haben. Einen anderen Gesichtspunkt gebe ich zur Erwägung. Die Vermögenssteuereinzahlung trifft natürlich den Privaten, trifft alle Privaten; insofern könnte sie gar nicht die Aktiengesellschaft betreffen, weil sie schon die einzelnen Aktionäre trifft. Das wäre ja die unglaublichste Art von Dop-

pelbesteuerung. Das bedeutet aber auf der anderen Seite, daß man die Vermögensfähigkeit, die gewerbliche Tätigkeit des Privaten außerordentlich beeinträchtigt, und die Kapitalkraft der Aktiengesellschaften außerordentlich stärkt, daß man eine große Ungleichheit im Wettbewerb und damit eine Ungleichheit der ganzen Volkswirtschaft damit hervorruft. Solche Fragen sind auch in Betracht zu ziehen. Wir müssen sagen, unsere Industrien müssen nach Möglichkeit geschont werden und nicht bloß die Kleinbauern, wie Herr Abg. Weißhaupt meint, wie es so gern von bäuerlichen Vertretern geschieht, die nur von den gutrentierlichen Fabriken sprechen. Heutzutage rentieren sich die Kleinbauern oft besser, wie die früher gutrentierenden Fabriken (Sehr richtig! und Widerspruch). Einen derartigen häuslichen Streit will ich bei dieser Gelegenheit nicht ausfechten. Es gibt aber nicht bloß dieses werbende Kapital, es gibt vor allem ein Rentenskapital. Ich stimme naturgemäß dem zu und jeder wird das tun, was der Herr Finanzminister bei dieser Gelegenheit über die Unverletzlichkeit der Kriegsanleihe gesagt hat. Denn unser Kredit würde auf ein Jahrhundert lahm gelegt sein, sobald wir dies unser Versprechen nicht erfüllen würden. Mit dem Staat ist es nicht so, wie mit Privaten, bei denen es heißt, wer liquidiert, der hat nachher besonders guten Kredit; so ist es beim Staat nicht. Wir müssen die Anleihen aufrecht erhalten und ihre volle Zinszahlung. Wir dürfen aber auch hier nicht den Vogel Strauß spielen. Wir wollen uns eines vergegenwärtigen, daß auf solche Weise ein ungeheurer Schuß des bloßen Rentenskapitals in Deutschland seinen Einzug hält und was heißt es anders, als: das Deutsche Reich wird in Zukunft bewirtschaftet für Rentenempfänger, für Zinsempfänger, und $\frac{1}{4}$ und mehr unseres ganzen Budgets müssen in Zukunft dazu aufgebracht werden, um die Zinsen von Staatsanleihen zu zahlen. Das ist und bleibt ein höchst anormaler Zustand. Man spricht fortwährend von einer starken Sozialisierung in unserem Reich. Ja, es ist nicht mehr bloß Zukunftsraum, sondern in einigen Punkten Wirklichkeit geworden. Die eigentliche Wirklichkeit aber ist, daß wir gerade jetzt ein kapitalistischer Staat geworden sind, mehr als wir jemals vorher waren, und daß in diesem Sinne der Staat aufzukommen hat für ungeheure Zinsbeträge. Das müssen wir notwendiger Weise im Lauf der Zeit einmal abstellen, und darum ist Abbau unserer Schuldenwirtschaft ganz unbedingt notwendig. Unsere Kriegsanleihe sollen wir nicht antasten, aber eine gewaltige Kapitalrentensteuer wird unbedingt notwendig sein, damit wir nicht auf die schlechte Ebene kommen, wie in Frankreich, wo das Volk in allererster Linie ein Volk von Rentenempfängern wird (Sehr richtig!). Eine Vermögenssteuereinzahlung halte ich in einem beträchtlichen Umfang allerdings nach anderer Seite für notwendig. Es ist von allen Rednern so oft auf den Stand unserer Valuta hingewiesen worden, und was damit in einem Zusammenhang steht, daß die unablässige Verteuerung ihren Weg weiter geht. Ja, diese Verteuerung ist, wenn wir auf den Weltmarkt Rücksicht nehmen, eine ganz natürliche; die Verteuerung im Lande entspricht ja eigentlich tatsächlich dem jammervollen Stand unserer Valuta draußen. Ich will nicht eingehen auf all die Ursachen dieses komplizierten Vorganges, nur einen Punkt müssen wir feststellen, gerade weil er noch nicht erwähnt worden ist: die ungeheure Inflation unserer Zahlungsmittel, die jetzt, wenn wir alles zusammennehmen, auf mindestens 50 Milliarden anzusehen ist. Das trägt einen großen Teil der Schuld. Wir müssen diese Inflation beseitigen. Das geschieht nicht dadurch, daß wir unsere schwebende Schuld konsolidieren. Woher sollen wir das Geld nehmen, um auch die schwebende Schuld zu einer festen Rentenschuld zu machen? Wir müssen vielmehr sie zu allererst abbauen und ich bin der Ansicht, daß eine Vermögenssteuereinzahlung, in solchem Umfange dazu dienen soll, damit wir in geordnete Geldverhältnisse kommen. Das Exportieren und die Beschaffung von Devisen sind höchst dringend. Aber das nützt uns nichts, so lange wir unter diesen Verhältnissen der Valuta stehen. Fangen wir im Inlande selbst einmal an, schaffen wir diese unerhörte Inflation von Zahlungsmitteln aus dem Weg, dann wird sich eine entsprechende Senkung des Preisniveaus ergeben. Zu dem Zweck sollen wir die Einziehung eines Teils des großen Vermögens sobald wie möglich durchführen; das schadet der Volkswirtschaft gar nichts, wenn wir dadurch zu anderen Preisverhältnissen kommen. Da wäre nach einem alten Sprichwort die Hälfte mehr als das Ganze; es wäre eine Kropfoperation, die wir vollziehen und was dem einzelnen noch bleibt, ist bei den normalen Preislagen mehr, als was er jetzt zu haben glaubt, bei einer derartigen Preisteigerung, wie sie jetzt in Deutschland herrscht (Sehr richtig!).

Was die sogenannten indirekten Steuern, die Aufwandssteuern anlangt, bin ich der Ansicht, daß wir hier unsere Selbständigkeit innerhalb des Rahmens des Reiches sehr wohl wahren können und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Konsumtionsverhältnisse in den einzelnen deutschen Landschaften sehr verschieden sind. Wenn wir ohne Weiteres ganz und gar die Biersteuer, die Weinsteuer auf das Reich übertragen, so würde das eine große Ungleichmäßigkeit mit sich bringen, denn in Süddeutschland wird in ganz anderem Maße — auch in Baden — Bier konsumiert, als es in der norddeutschen Brauereigemeinschaft der Fall ist. Es versteht sich von selbst, daß Bayern und Baden aus dem Bier etwas besonderes für sich herauswirtschaften müssen. Hier, also in der selbständigen Entwicklung, wird Baden nicht auf den Weg der Zuschläge treten; gerade so wie die anderen süddeutschen Staaten bisher bei ihrer Selbständigkeit geblieben sind, hat man doch auch bei der Branntweinsteuer von jeher bei der allgemeinen Reichsbesteuerung Süddeutschland besondere Vorteile gewährt.

Hier liegt die Frage der Monopole so nahe. Soll und wird das Reich zu Monopolen übergehen? Es würde viel zu weit führen, näher darauf einzugehen, in anderem Zusammenhang kommt man später vielleicht darauf zurück. Der finanzielle Erfolg würde nicht sehr groß sein. Ich glaube, daß man bei einer ausgiebigen Branntweinbesteuerung ebenso weit kommt, mit geringeren Mühen als beim Monopol. Ich glaube, daß Monopole eine gewisse Sorge mit sich bringen; der Ansturm der Interessenten verschiebt den Kampf der Produzenteninteressen und Konsumenteninteressen auf den Staat, was immer drückend wird; es wird noch mehr als bisher bei allen Budgetberatungen der Reichstag zum Tummelplatz der Interessenten werden. Lassen wir diese Frage. Eines möchte ich hervorheben, Monopole nützen uns für unsere badischen Finanzen gar nichts, Monopole muß das Reich übernehmen. Denken Sie nur, wenn die Kohlen in Preußen verstaatlicht werden sollen. Da würde ja naturgemäß der oft — ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt — beklagte Druck der preussischen Volkswirtschaft auf die anderen Volkswirtschaften nur ein stärkerer werden. Also, nur das Reich ist im Stande, wirkliche Monopole, wirklich große Gemeinwirtschaft zu übernehmen. Wie das sonst auch geschehen mag, — jedenfalls die Eisenbahnen, dieses eine Monopol werden wir an das Reich übertragen. Aber das ist gerade der Wunsch Süddeutschlands, schließlich auch der Wunsch Badens, in ganz anderem Maße freilich der unseres Nachbarlandes Württemberg. Man braucht sich bloß einmal die Betriebsziffern und die Rentabilitätsberechnung Württembergs anzusehen und man begreift sehr leicht, warum, nachdem früher Württemberg das Reichseisenbahnmonopol zu Fall gebracht hat, es dies heute mit seinen Nägeln aus dem Grabe herausziehen möchte. Wenn der augenblickliche Notstand, wie Sie aus den Ausführungen des Herrn Finanzministers ersehen haben, überwunden werden soll, werden wir gar keine Schwierigkeiten machen, diesen wichtigen Teil unserer Staatsfinanzen dem Reich freiwillig zu übergeben. Wir hoffen, vom Reich im Laufe der Zeit etwas Erkleckliches, hoffentlich etwas mehr, als wir früher bei eigener Verwaltung bekommen haben, wieder herauszubekommen, aber jedenfalls hört die selbständige Gebarung für die badischen Finanzen auf, wenn wir Reichseisenbahnen haben, hört auf im Interesse der gemeinschaftlichen Volkswirtschaft ganz Deutschlands, da wir die Bahnen als Grundlage unserer ganzen weiteren volkswirtschaftlichen Entwicklung ansehen müssen. Also auf eigene Monopole als wirkliche Einnahmequellen können wir in Baden nicht rechnen.

Nun werden wir ja hoffentlich im Laufe der Zeit etwas weniger Reichsausgaben haben auf dem Gebiete, wo das Reich bisher die größten Ausgaben hatte, auf dem militärischen Gebiet. Das wird der Fall sein, weil wir zu einem ganz anderen Aufbau des Militärwesens kommen werden und kommen müssen. Ich hoffe immer, daß wir in diesem Punkte uns an das wirklich demokratische Prinzip der Schweiz anlehnen werden, die mit ihrem Milizsystem ein wahres Volkshier im strengsten Sinne des Wortes aufgestellt hat. Wie es aber auch sein mag, billiger muß es werden, billiger, nicht für den Einzelnen — die Opfer für den Einzelnen werden nicht viel kleiner werden, in der Schweiz spannt das Milizsystem den einzelnen Mann ebenso an wie bei uns —, aber billiger für das Reich, und da werden wenigstens in absehbarer Zukunft die Reichsausgaben sich vermindern. Das, was unser Heer in der Vergangenheit geleistet hat, ist ungeheuer; unaussprechlich ist es eingeschrieben in die Tafeln der Geschichte, und unaussprechlich wird unsere Dankbarkeit sein.

Aber gegen ein Wort, das gestern von Seiten des Herrn Kollegen Mayer-Karlsruhe gefallen ist, möchte ich doch entschieden Verwahrung einlegen. Er hat gesagt: Die Front, also das Heer, ist erdolcht worden von dem Volke, ist erdolcht worden von dem Lande (Abg. Mayer-Karlsruhe: Das habe ich nicht gesagt, das haben Sie falsch gehört; ich habe gesagt: „Von hinten her!"). Also von hinten, wer ist das? Hinten ist das Land, hinten ist das Volk. Konnte das jemand anders verstehen. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses und mehrfache Zwischenrufe. — Abg. Mayer-Karlsruhe: Gewiß, wenn man aufmerksam zuhörte!). Ihre Zusage aus dem Hause beweisen, daß Sie es alle so verstanden haben (Erneute Zustimmung auf allen Seiten des Hauses). Ich freue mich, daß Herr Mayer es jetzt anders auslegt. (Abg. Mayer-Karlsruhe: Ich nehme nichts zurück!). Ein Vorwurf gegen das Land ist in keinem Falle zu erheben. Unser Heer ist erschöpft gewesen, es ist schließlich in sich zerfallen (Zustimmung), und mit ihm ist das Kaiserthum und mit ihm das alte deutsche Reich zerfallen. Das ist eine ungeheure weltgeschichtliche Tragödie. Von hinten ist das Heer aber nicht erdolcht worden, sondern seine letzten Kräfte hat es aufgebraucht, und dann war es zu Ende. Das ist also nicht von hinten her irgend welcher Bolschewismus gewesen. Jetzt tobt sich leider ein derartiger Irrwahn unter den letzten Angehörigen dieses Heeres aus; er wird überwunden werden.

Dabei möchte ich aber dem Herrn Finanzminister eines noch bemerken. Er hat zuletzt noch eine Karte der Verzweiflung ausgespielt: Wenn die Entente uns zum äußersten bringe, wenn der bolschewistische Zusammenbruch komme, dann würde Deutschland auch die fremden Völker vergiften, wie wir von Rußland vergiftet worden sind (Abg. Mayer-Karlsruhe: Da haben Sie ja den Dösch!). Dieses wäre in der Tat ein vergifteter Dösch. Ich glaube und hoffe, daß es nicht dazu kommt; ich bin auch der festen Überzeugung, daß es dazu nie kommen wird, daß unser Volk dazu zu besonnen ist, selbst wenn das Schlimmste kommt. Wir wollen kein Anstedungstoff für fremde Nationen werden, wie die Russen es geworden sind. Wir wollen ehrliche Deutsche bleiben. Wir wollen das Volk der Arbeit sein. Wir wollen den Fremden zeigen, daß wir das Schlimmste tragen und überwinden können durch das, was immer der Ruhm des deutschen Volkes gewesen ist, durch ehrliche Arbeit (Lebhafte Beifall auf allen Seiten des Hauses).

Finanzminister Dr. Wirth:

Die Ausführungen über Bolschewismus, die ich zum Schluß gemacht habe, sind veranlaßt worden durch einen Zurufl von links. Ich glaube aber, daß wenn die Feinde uns erdrücken wollen, uns nichts übrig bleiben würde als Verzweiflung und Glend, und daß dann dieser Geist der Verzweiflung ganz Europa verheeren könnte. Von der Erkenntnis der Gefahr dieser Verzweiflung für die europäische Kultur kann man vielleicht noch eine Einsicht der Feinde erwarten, daß sie von dem sinnlosen Begehren, uns umzubringen, noch abstehen.

Wenige Ausführungen des Herrn Vorredners veranlassen mich zu einer kurzen Erklärung. Der Herr Vorredner hat gesagt, daß das System der Matrikularbeiträge wohl erledigt sei. Ich hoffe das auch. Das Reich, das jetzt entstehen soll, kann auf den alten finanziellen Grundlagen nicht bestehen, es kann darauf nicht einmal aufgebaut werden. Über das System der Matrikularbeiträge sollte möglichst wenig mehr geredet werden.

Nun hat der Herr Vorredner Ausführungen gemacht über die Finanzierung des Reichs, die mir Besorgnisse einflößen. Gewiß, das Reich soll und muß auf feste Füße gestellt werden, und das Reich darf niemals mehr bei den Einzelstaaten Kostgänger sein. Aber das Umgekehrte ist für uns auch eine sehr gefährliche Sache (Zustimmung rechts). Der Herr Vorredner meint, daß die Einkommensteuer, so habe ich ihn verstanden, rein übergehen soll in die Hand des Reichs, und daß dann die Bundesstaaten zu der Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, die er ja gleichzeitig nannte — man kann ja auf dem Standpunkt stehen, daß die Vermögenssteuer nichts anderes ist als eine Einkommensteuer auf fundiertes Einkommen; so hat er es wohl auch gemeint — Zuschläge erheben. Wenn wir nur Zuschläge zur Reichseinkommensteuer erheben sollen, kommen wir in eine große Bedrängnis hinein. Ich nehme an, daß eine solche Reichseinkommensteuer sehr hoch sein wird — die Notlage des Reichs ist ja grenzenlos —, und daß es dann sehr schwer sein wird, noch namhafte Zuschläge zu erheben.

Meine Ausführungen waren gerichtet, ich möchte das dem verehrten Herrn Vorredner besonders sagen, auf den Kernpunkt, daß wir in unserer Finanzgebarung einen beweglichen

Faktor haben, den wir anziehen können, auf den wir weiter greifen können. Daß aber das System der Zuschläge, die wir zur Reichseinkommensteuer erheben können, diesen beweglichen Faktor nicht mehr darstellt, sondern daß diese Zuschläge uns rasch vor feste Grenzen stellen werden, das scheint mir sonnenklar zu sein. Und da habe ich Sorge für unser badisches Land, wie wir beim System der Zuschläge unsere doch wirklich reiche Kulturpolitik, die wir jahrzehntelang getrieben haben, fortsetzen können. Blicke Sie auf unsere drei Landeshochschulen, auf die zwei Universitäten und die technische Hochschule hin. Welche Anforderungen werden gerade aus den Kreisen der Hochschulen jetzt bei uns erhoben! (Sehr wahr! rechts). Blicke Sie hin, auf unser reiches Schulwesen, besonders auf das Mittelschulwesen. Glaubt jemand von Ihnen, daß wir in die Lage kommen, dieses reiche badische Kulturleben mit dem System der Zuschläge aufrecht erhalten zu können (Sehr gut! im Zentrum), oder daß wir noch im Stande sind, in den bisher betretenen Bahnen weiter zu gehen? Ich möchte nicht das Reich als Kostgänger bei den Einzelstaaten sehen, ich möchte aber auch umgekehrt unser Land nicht in die Gefahr versetzen, eventuell nur kleine Brocken von dem nehmen zu können, was das Reich in seine Tasche steckt (Sehr gut! rechts). Ich meine: das eine tun und das andere nicht lassen! Wenn Sie in die Lage kommen, mir andere Faktoren zu nennen, die als bewegliche Posten in unsern Haushalt eingestellt werden können, dann soll es gut sein. Der Herr Abg. Gothein hat aber nicht nur die Einkommensteuer in die Hand des Reiches legen wollen, sondern auch die Vermögenssteuer.

Der Herr Abg. Köhler hat ja ähnliche Ausführungen gemacht, nur im umgekehrten Sinne wie der Herr Abg. Gothein. Gewiß, was technische Vereinheitlichung des Steuerwesens angeht, so können wir wohl alle derselben Auffassung sein, und wir wären Loren, wenn wir nicht einer technischen Vereinheitlichung, insbesondere einer Vereinheitlichung in der Veranlagung im ganzen Reiche zustimmen würden. Hier können sehr wohl vom Reiche Prinzipien aufgestellt werden. Ich glaube, wir kommen dadurch in badischen Lande nicht in Verdrängnis (Abg. Dr. Schofer: Im Gegenteile!), weil wir, was die Veranlagung angeht, ja den norddeutschen Staaten, insbesondere Preußen, weit voraus sind (Sehr richtig!). Es ist ja gar kein Geheimnis, daß bei einigen Steuern mehr herausgewirtschaftet hätte werden können, wenn Preußen in der Veranlagung so unabhängig dageslanden wäre, wie vor allem Baden und Württemberg in Süddeutschland dageslanden sind (Sehr richtig! — Abg. Dr. Schofer: Das hat man früher nicht zugegeben, man hat mir widersprochen, als ich das behauptete!). Ja, das was das „alte System“, jetzt sind wir ja „Vollregierung“, nicht wahr? (Heiterkeit).

Ich meine also, die Vereinheitlichung, was Prinzipien angeht, in allen Ehren, dazu bieten wir auch jederzeit unsere Hand. Nur haben wir große Befürchtungen, dann auch die Erhebung selbst durchs Reich vornehmen zu lassen (Sehr richtig! beim Zentrum), und damit komme ich auf das Gebiet zu sprechen, das der Herr Abg. Köhler gestern angeschnitten hat. Ich muß dem Herrn Abg. Köhler bekennen: Gewiß, solche Bestrebungen sind im Gange. Und es darf ja nur durch die Herren die Reichsverfassung in die Hand genommen werden, um das Nötige zu erfahren. Es will mir scheinen, daß der Reichsverfassung in ihrer Entstehung nicht die Aufmerksamkeit gewidmet wird — ich meine nicht etwa, hier im hohen Hause, sondern draußen im Volke —, die ihr eigentlich gebührt (Sehr richtig!). Die großen Verfassungsarbeiten treten neben den kleinen Dingen viel zu sehr in den Hintergrund (Zustimmung). Die letzte Bemerkung möchte ich allerdings auch auf dieses hohe Haus ausdehnen.

Ich will hier keine langen Ausführungen über die neue Reichsverfassung machen, ich will nur auf Artikel 7 verweisen und damit dem Herrn Abg. Köhler zeigen, daß seine Ausführungen tatsächlich zu Recht erfolgt sind. In dem Artikel 7 ist vorgesehen:

„Die Gesetzgebung über das Zollwesen, sowie über alle Angelegenheiten, die die Einheit des Zoll- und Handelsgebiets und die Freizügigkeit des Warenverkehrs berühren, ist ausschließlich Sache des Reiches.“

Das Reich hat ferner die Gesetzgebung über die Abgaben und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für seine Zwecke in Anspruch genommen werden, sowie über die Aufstellung von Grundätzen für die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben, soweit sie sich im Rahmen des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 bewegen oder eine Doppelbesteuerung verhüten sollen.

Die Zölle und Verbrauchssteuern werden durch Reichsbehörden erhoben und verwaltet, die übrigen Reichsabgaben durch die Gliedstaaten.

Durch die Reichsgesetzgebung kann die Erhebung und Verwaltung auch der nicht unter den Absatz 3 fallenden indirekten Reichsabgaben Reichsbehörden übertragen werden.

Die Erhebung und Verwaltung von Reichsabgaben, soweit sie nicht nach Abs. 3 und 4 Reichsbehörden obliegt, sowie von Landesabgaben kann auf Antrag eines Gliedstaates Reichsbehörden übertragen werden.

Bei der Befugung der mit der Erhebung und Verwaltung der Abgaben betrauten Reichsfinanzbehörden soll hinsichtlich der in den Gliedstaaten tätigen Beamten die Berufung von Landesangehörigen der Gliedstaaten als Regel gelten.“

Sie sehen, daß die Befürchtungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, in der Reichsverfassung, wie sie jetzt der Nationalversammlung zum Beschlusse vorgelegt wird, wohl begründet sind. Ich betone, daß wir in Weimar nicht umsonst gearbeitet haben. Mehrere Minister sind ja in den Beratungen in Weimar tätig gewesen, und wir haben in den Konferenzen mit dem Herrn Reichsschatzminister wie in den Konferenzen im Staatenausschuß unsere badischen Interessen hinsichtlich der Selbständigkeit der Verwaltung nachdrücklich zu wahren versucht. Unsere Bemühungen waren nicht fruchtlos. Es sind jetzt an den Entwurf der Reichsverfassung Schlussbestimmungen infolge der Bemühungen der süddeutschen Staaten angehängt worden, und manche der Befürchtungen, die nach Art. 7 wohl für uns zum Ausdruck kommen, sind durch die Schlussbestimmungen aufgehoben. Ich darf Ihnen deshalb aus den Schlussbestimmungen den Art. 115 vorlesen:

„In Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Bremen und Hamburg verbleibt es hinsichtlich der Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern bei der Vorschrift des Art. 36 Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871.“

Und Art. 116:

„In Bayern, Württemberg und Baden verbleibt es hinsichtlich der Besteuerung des inländischen Bieres bei den Vorschriften der Art. 35 Abs. 2 und 38 Abs. 4 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871, bis ein Gliedstaat sein Einverständnis mit dem Inkrafttreten des Art. 7 Abs. 2 für sein Gebiet erklärt und die Reichsregierung dem Inkrafttreten zustimmt.“

Ich komme noch mit wenigen Ausführungen auf Einzelheiten dieser Paragraphen zurück, und ich möchte insbesondere den Herrn Abg. Gothein bitten, Erwägungen über folgenden Satz des Art. 7 anzustellen:

„sonstige Einnahmen,“ — ich habe sie ja vorhin verlesen — „soweit sie ganz oder teilweise für seine Zwecke in Anspruch genommen werden, sowie über die Aufstellung von Grundätzen für die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben, soweit sie sich im Rahmen des Zollvereinigungsvertrages vom 18. Juli 1867 bewegen oder eine Doppelbesteuerung verhüten sollen.“

Sie sehen, daß damit vorgesehen ist, daß auch das Reich über die Zulässigkeit von solchen Abgaben in den Bundesstaaten regulierend eingreifen will. (Abg. Dr. Gothein: Das habe ich ausdrücklich anerkannt, daß die Getränkesteuern Sache der Einzelstaaten bleiben müssen!) Gut, ich habe mich darüber sehr gefreut, Herr Abg. Dr. Gothein. Ich muß Ihnen aber sagen, daß gerade über diese Fragen sehr weitgehende Befürchtungen bei uns bestehen. Einmal, ist es doch kein Geheimnis, daß die Zentralisationsbestrebungen in der deutschen Nationalversammlung sehr lebhaft sind (Sehr richtig! rechts und im Zentrum), und ich möchte hoffen, daß alle Parteien dieses hohen Hauses dahin wirken, daß wenigstens in der Form der Verwaltung und, was der Herr Abg. Köhler insbesondere gewünscht hat, in der Form der Wahrung der Personalrechte bei der kommenden Reichsverwaltung der Zölle und der Verbrauchssteuern, wenn sich diese nicht umgehen ließe, das badische Interesse genügend gewahrt bleibt (Zustimmung). Ich appelliere in dieser Beziehung an alle Parteien des Hauses. Vielleicht sind die Sozialdemokraten unritarischer als die anderen, das liegt in der Natur der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, indem sie stets den Unitarismus in den Vordergrund geschoben hat. Aber, das glaube ich auch, sagen zu dürfen, daß auch in den Kreisen der badischen Sozialdemokratie, soweit ich unterrichtet bin, der Gedanke, daß wir selbständig in den Personalfragen sein sollen, sehr lebendig ist.

Ich muß noch eingehend auf einen Zwischenruf des Herrn Abg. Dr. Gothein. Ich sagte vorhin schon, das Reich verhandelt mit uns, daß auch die Biersteuer zum Reich übergehen soll. Württemberg hat, glaube ich, die Verhandlungen

schon zu einem gewissen Abschluß gebracht. Wir haben in Weimar uns dahingehend auf die Verhandlungen eingelassen, aber wir müssen uns versehen, daß wir nicht etwa durch Beschlüsse der Nationalversammlung in Weimar überrascht werden, denn es ist immer besser, vorher zu verhandeln, als erst dann, wenn die Kuh bereits aus dem Stalle ist, und wir denken uns die Sache so: Würde das Reich durch einen Beschluß der Nationalversammlung die Biersteuer an sich nehmen, wäre es natürlich völlig ausgeschlossen, daß wir dem zustimmen könnten, wenn wir nicht einen Ersatz bekämen. Und so bewegen sich die Verhandlungen, die ich persönlich mit einem Vertreter des Reichsschatzamts eingeleitet habe, dahin, daß uns anstelle der uns zustehenden Beträge der Biersteuer eine dauernde Rente zuteil wird in einer Höhe, die wir hier vor dem Lande vertreten können. Grundsätzlich möchte ich auch mit dem Herrn Abg. Dr. Gothein — und ich nehme an, daß er nicht nur für seine Person gesprochen hat, sondern auch für seine Fraktion (Abg. Dr. Gothein: Rein!); dann wäre es dankenswert, vielleicht durch einen Zwischenruf zu erfahren, wie die Herren Demokraten sich dazu stellen — ich meine, grundsätzlich werden wir versuchen, dieses Reservatrecht in unserer Hand zu behalten.

Was das Reservatrecht bezgl. des Branntweins betrifft, so ist finanziell dabei für uns nichts zu holen. Aber das Reservatrecht in Bezug auf den Branntwein sichert unseren süddeutschen Kleinbrennern Rechte und Vergünstigungen, die meines Erachtens in dem Augenblick verloren sind, wo das Reich diese Sache endgiltig in die Hand bekommt. Ich warne jeden von Ihnen, in Zukunft eine Wahlversammlung abzuhalten, wenn diese Rechte der badischen Kleinbrenner wirklich verlegt werden sollten. Das ist ein gefährliches Kapitel, und ich darf den Herren sagen, man ist in Berlin jederzeit überrascht gewesen, wie wenig Verständnis die Herren da oben haben für die Interessen unserer badischen Kleinbrenner. Das Kirchwasser trinken sie alle recht gerne; aber diese Kleinbrenner auch zu erhalten, das will in einen Kopf, der jenseits des Rheins erzogen worden ist, sehr schwer hineingehen. Ich glaube, wir vertreten hier die Interessen unserer badischen Kleinbrenner und wir hoffen, auch mit gutem Erfolg. Sie sind mit Erfolg vertreten worden bei der Monopolverordnung, und ein verehrtes Mitglied dieses Hohen Hauses, der Herr Abg. Dr. Zehner hat, wie immer, die Interessen der badischen Kleinbrenner auch bei der Monopolverordnung hervorragend und glänzend gewahrt.

Ich sage also zum Schluß, wir wollen mit dem Reich verhandeln, wir wollen aber unsere badischen Interessen wahren. Wir wollen nicht Kostgänger des Reiches werden, sondern wir wollen, was Pflege unseres Kulturlebens angeht, ein selbständiger Staat bleiben im Rahmen des Deutschen Reiches. Der Herr Abg. Dr. Gothein hat ausgeführt, das Reich soll uns Schutz und Schirm bieten für unsere Zukunft. Ganz gewiß! Nur unter diesem Schutz, nur im Rahmen eines großen geschlossenen Wirtschaftsgebietes kann das deutsche Volk überhaupt wieder emporkommen. Darin denken wir nicht Kleindeutsch, darin denken wir gewissermaßen großdeutsch und glauben auch, daß mit dem Anschluß Deutsch-Osterreichs eine größere wirtschaftliche Basis wiedergewonnen werden kann. Hier bieten wir jeder Bestrebung die Hand, die wirklich ein großes geschlossenes einheitliches Wirtschafts- und Finanzgebiet aufzurichten will.

Der Herr Abg. Dr. Gothein hat nachher noch von der Weinsteuer gesprochen. Das ist bereits erledigt, Herr Abg. Dr. Gothein, die Weinsteuer ist bereits durch die Gesetzgebung des letzten Jahres in die Hand des Reiches übergegangen. Wir haben nur die Entschädigung in einer gewissen Höhe bis 1923, also da ist für uns nicht mehr viel zu holen. Ich meine, wir werden in Kommissionen Gelegenheit nehmen, sobald die Verhandlungen weiter fortgeschritten sind, mit Ihnen ins Benehmen zu treten. Die vorläufige Regierung wird nicht über Ihre Köpfe hinüber verhandeln, sondern die Volksregierung wird Sie in Ihren Kommissionen auf dem Laufenden halten und der Mehrheit des Hohen Hauses entsprechend mit dem Reich zu einem günstigen, wie wir hoffen, zu einem baldigen Abschluß kommen.

Abg. Fischer-Karlsruhe (Soz.):

Wenn ich heute hier in diesem Hause als Frau das Wort ergreife, so glaube ich, nicht erst betonen zu müssen, daß auch wir wünschen, daß Deutschland ein einiges, festes Reich bleiben möge, daß wir aber weiter wünschen, Baden möge seine Eigenheit im Interesse des badischen Volkes wahren. Und wenn uns gestern und heute unsere Finanzlage so traurig und

schlecht geschildert worden ist, so habe ich doch die feste Überzeugung, daß wir alle von dem festen Willen besetzt sind, wieder all das, was durch diesen Krieg zusammengehört ist, aufzubauen, und all die neuen Lasten, die hinzukommen, wollen wir im Interesse unseres gesamten Volkes gemeinsam tragen und beseitigen helfen.

Als Frau und Mutter möchte ich gerade wegen der Teuerungszulagen einige Worte verlieren. Auf diesem Gebiet ist in früheren Jahren viel gesündigt worden, so daß gerade die Eisenbahner und ihre Familien in so elenden und schlechten Verhältnissen leben mußten. Wer die Verhältnisse der Eisenbahner kennt, weiß, daß sie nicht nur während dieses Krieges, sondern schon vor dem Krieg eine Bezahlung als Arbeiter und als kleiner und mittlerer Beamter hatten, die ihnen kein auskömmliches Leben bieten konnte; vielmehr mußten alle Kräfte angespannt werden, Frau und Kinder mußten mithelfen, um die Familie über Wasser zu halten, genau so wie in den anderen Arbeiterkreisen. Und wir haben gesehen, daß gerade in den Sadtvierteln, wo die Eisenbahner ihre Wohnstätten haben, die Leute eng zusammengepfercht sind, während auf der anderen Seite Bodenflächen brach lagen, die man vor dem Kriege hätte bebaut und so billige Wohnungen hätte beschaffen können. Die Wohnungen, die heute eine Brutstätte der Tuberkulose bieten, zeigen uns, daß es im neuen Deutschland in hygienischer Beziehung anders werden muß in Bezug auf die unteren Schichten des Volkes. Und wenn ich sage, gerade die Eisenbahner und mit ihnen auch die anderen Arbeiter und untern Beamtenstände, sie alle haben vor und während des Krieges an Unterernährung gelitten, dann ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, daß wir ihnen die Mittel an die Hand geben, daß sie sich künftig besser, daß sie sich anständig durchs Leben bringen können (Beifall links). Aber eines möchte ich in diesem Hause nicht unerwähnt lassen: die Eisenbahnarbeiter haben viel Arbeit, sie haben viel zu kämpfen gehabt, sie mußten in den Anfangsjahren mit einem geringen Gehalt auskommen, und ich selbst habe von verschiedenen Familien gehört, sie mußten das ganze Vermögen, das ihnen von elterlicher Seite zugestanden hat, aufzehren. Hätten sie kein Vermögen, dann müßten sie entweder von den Eltern mit Lebensmitteln unterstützt werden, oder irgendwie, wie ich vorhin schon sagte, mitverdienen.

Herr Abg. Köhler hat gestern gesagt, daß Tanzen und Schlemmen heute vielfach vorzufinden ist, aber er hat hinzugefügt, daß es eine Schande der Frauen und Mädchen sei, daß sie sich dem hingeben. Ich möchte hinzufügen: Wenn es eine Schande der Frauen und Mädchen ist, so ist es auch eine Schande der Männer, denn Frauen allein tanzen nicht, es sind auch Männer dabei, die tanzen. Die jetzige Zeit, in der wir in so tiefer Trauer stehen müssen, um unsere draußen gefallenen Söhne und Männer, die in fremder Erde modern, ist keine Zeit zum Tanzen (Sehr richtig!). Heute, wo wir unsere Kriegsinvaliden vor Augen sehen, all das Elend und Leid, das der Krieg geschaffen hat, täglich betrachten müssen, wo hunderte und tausende von Frauen, Müttern und Kindern mit Sehnsucht auf die Heimkehr der Väter warten, die in Kriegsgefangenschaft sind und die Sklavendienste verrichten müssen und, wie ich gelesen habe, Spüllicht sammeln, um sich ernähren zu können, ist keine Zeit um Freudenfeste zu feiern (Sehr richtig!). Aber eines möchte ich hinzufügen. Wer tanzt denn eigentlich? (Abg. Seubert: Alle!). Alle? Dann sind Sie auch dabei? (Lebhafte Heiterkeit). Aber ich gebe das nicht zu, daß alle tanzen (Abg. Seubert: Alle Stände!). Aber es sind sehr viel junge Leute, die aus der Schule entlassen, in die Fabrik kamen, von der Fabrik mit 17 Jahren zum Heeresdienst eingezogen wurden, in den Kasernenhöfen nicht immer den guten Ton hörten (Sehr richtig!), dann hinaus kamen an die Front und in der Steppe von verschiedenen Kreisen gesehen lalen, wie diese dort draußen ein Leben in Schlemmen und Tanzen geführt haben. (Sehr gut! links). Und das hat dazu geführt, daß sie diese Beispiele noch nachmachten (Sehr richtig! links). Widerspruch rechts). Also all diese traurigen Erscheinungen sind nicht die Früchte der Revolution, sondern es sind die Früchte, die der Krieg gezeitigt hat (Sehr richtig!); denn der Krieg hat demoralisierend gewirkt, besonders auf die Jugendlichen, die heute nicht sehen, was für den Geist und das Gemüt notwendig ist, und ich glaube, wir alle müssen unsere Kraft einsetzen, um hier verbessernd und erzieherisch wirken zu können (Sehr gut!).

Eines möchte ich noch hinzufügen? Draußen auf dem Lande hat man bis jetzt von dem Elend, das in der Stadt existiert, noch wenig gemerkt (Sehr richtig!). Draußen auf dem Lande leben die Leute vielfach besser, als wie sie es vor dem Kriege getan haben (Abg. Weizhaupt: Niemals!). Ich habe es selbst mit angesehen, daß die Leute besser leben, als vor dem

Kriege. Ich beurteile deshalb die Landwirte nicht, aber ich möchte sagen, sie sind eben durch die bezahlten Bücherpreise dazu gekommen. Da sind die Landwirte nicht allein schuld; sie sind eben in eine bessere Lage hineingekommen und haben, wie mir verschiedene Leute schon gesagt haben, jetzt ein anderes Einkommen und infolgedessen verkaufen sie nicht mehr wie früher jedes Ei und jedes Pfund Butter, sondern sie können sich diese Sachen einmal selbst zuführen. Aber ich sage noch einmal, ich beurteile das an sich nicht; aber wenn in der Stadt die Frauen, Kinder und Greise dahinsiechen müssen und an Unterernährung zugrunde gehen, dann ist es Pflicht der gesamten deutschen Bevölkerung dafür zu sorgen, daß einer wie der andere seine Lebensmittel bekommt. Das ist allerdings eine schwierige Aufgabe. Aber ich möchte doch sagen, in der jetzigen schweren Zeit, wo es notwendig ist zu versuchen, aus dem Chaos, in das wir durch diesen unglücklichen Krieg hineingeraten sind, herauszukommen, da müssen wir alle mithelfen und alle unser möglichstes tun. Wir müssen arbeiten, wie es heute und gestern schon vielfach gesagt worden, ich möchte das unterstreichen, denn Nichtarbeiten ist ja aller Lasten Anfang, und wenn wir arbeiten, dann habe ich die feste Zuversicht, daß wir mit den Jahren wieder zu dem Deutschland emporkommen werden, das wir alle wünschen (Beifall links).

Abg. Mager, (Freideutscher Bürgerbund, Hospitant der D. Natl. Vp.):

Ich bedauere, daß ich mich nicht gleich der Sache zuwenden kann, die an diesem Redepult behandelt werden soll, der Finanzfrage, sondern daß ich mich zuerst gegen den Angriff des Abg. Dr. Gotthein gegen meinen Kollegen Mager-Karlruhe wenden muß. Der Abg. Dr. Gotthein hat sich dagegen gewandt, daß vom Abg. Mager der Ausdruck gefallen ist, die Armee sei von hinten erdolcht worden. Der Abg. Dr. Gotthein ist der Ansicht, daß die Armee erschöpft gewesen ist, und daß keineswegs der Bolschewismus von hinten die Armee zu dem Zusammenbruch gebracht hat. Der Abg. Dr. Gotthein hat seine Weisheit aus der Presse, von Erzählungen, ich kann aus eigener Erfahrung etwas dazu sagen. Ich war 2½ Jahre im Mannschaftsstand an der Front und 2 Jahre als Offizier; und ich habe in meiner letzten Eigenschaft die Erfahrung machen müssen, daß es eine Menge von Elementen gab, — das datiert vom Frühjahr 1917 — die von der Heimat einen bösen Geist mitgebracht haben. Ich habe selber denjenigen in meiner Truppe gehabt, der in Magdeburg aufgetreten ist, Vater hieß er. Der Betreffende hat selbst erklärt: Wir, die Sendboten der Revolution, sind seit dem Frühjahr 1917 in der Armee tätig gewesen, wir sind durch die Etappe soweit vorgegedrungen an die Front als es möglich war (Hört, hört! rechts), um dort den Geist zu verbreiten, der jetzt zur Revolution und zum Zusammenbruch geführt hat. Der Mann ist mir verdächtig vorgekommen, er hatte eine Menge Papiere bei sich und war meiner Truppe nach Rumänien nachgezogen, von wo er im Juli 1918 nach Soissons gerade recht zum Rückzug gekommen war. Er hatte die Papiere so glänzend in Ordnung, daß ich ihm nichts mehr nachweisen konnte. Nachdem er ein paar Tage bei der Truppe war, dachte ich mir, das ist ein höchst sonderbarer Bruder, wahrscheinlich fängt er mit meinen Leuten sehr viel an, und da habe ich als Führer das getan, was allein möglich ist, ich habe gesucht ihn wieder loszubekommen, und bin ihn auch los gemorden. Ich glaube, es war sehr gut, auch für meine Leute. Ich will Ihnen nur dieses eine Beispiel anführen, dafür, daß nicht der Zerfall der Armee an sich, dadurch daß die Feinde zu übermächtig geworden wären, zu dem Zusammenbruch geführt hat, sondern es ist systematisch in der Armee gearbeitet worden, daß sie moralisch zugrunde ging, und wenn die Moral der Armee in einer solchen Weise bearbeitet wird und gleichzeitig dazukommt, daß der Feind übermächtig stark wird, besonders durch seine mechanischen Mittel, nicht an Mannschaften, dann kann man verstehen, daß diese beiden Momente diesen Zusammenbruch herbeiführt haben (Abg. Müller, Schopfheim: Und das Verhalten der Offiziere!). Ja bin mit 40 Jahren Offizier geworden, mein Vieber, ich habe keine Dummheitsfragen mehr gemacht (Mehrfache Zwischenrufe und Lachen). Ich will hoffen, daß Sie aus Erfahrung sprechen und nicht etwas vordringen, was die Presse erzählt; dann erst können Sie etwas behaupten. Sie dürfen an dem Worte mädeln, die Armee ist von hinten erdolcht worden, mädeln sie nicht an dem Sinn. Es ist tatsächlich viel Wahres daran. Ich habe es am eigenen Körper erfahren, und ich habe deswegen keine Veranlassung, darüber nicht zu reden, wenn auch ein Sturm der Entrüstung von der einen oder anderen Seite kommen sollte (Zustimmung rechts). Damit genug von dieser Sache! (Abg. Dr. Dieß: Im Gegenteil! Es ist wahr, daß unsere Leute an

der Front von den Amerikanern zermalmt worden sind, die die frevelhafte Hybris, der Übermut der Herren Tirpitz und Ludendorff uns auf den Hals gehetzt haben! — Stürmische Zurufe rechts: Ist das parlamentarisch? Wer hat das Wort? — Abg. Dr. Dieß: Es ist eine Schmach und eine Schande, hier auszurufen, sie hätten ihre Pflicht nicht erfüllt, sie seien von der Heimat erdolcht worden! — Erneute lebhafte Zwischenrufe; große Unruhe auf allen Seiten des Hauses).

II. Vizepräsident Muser: Ich bitte, den Redner ruhig aussprechen zu lassen (Andauernde Zurufe und Unruhe im ganzen Hause). Ich wiederhole die Bitte: Wir wollen doch die Verhandlungen so führen, wie es der Würde unserer Versammlung entspricht!

Abg. Mager (fortfahrend): Ein kleines Wort noch (Die Unruhe im Hause hält an). Ich habe noch Zeit!

Noch ein kleines Wort zu der viel gerügten Langwut. Es wird immer gesagt, diese Erscheinung hat nicht die Revolution geboren, sondern die hat der Krieg geboren (Zustimmung links). Ich glaube doch, daß die Revolution sie geboren hat (Sehr richtig! rechts), und wenn Sie die Geschichte etwas kennen würden, würden Sie wissen, daß nach der französischen Revolution, die nicht infolge eines Krieges ausgebrochen ist, die Langwut ebenso geherrscht hat wie jetzt.

Nun zu der Finanzvorlage. Ich bedauere, daß ich da eine eingehende Kritik nicht vornehmen kann, da mir nur die nackten Zahlen bekannt sind, die in dem gehörten Exposé des Finanzministers niedergelegt sind. Wenn man eine Bilanz kritisieren will, wäre es notwendig, auch die Unterlagen dazu zu haben, damit man sehen kann, was echt und was nicht echt ist. Ich nehme ja selbstverständlich an, daß die Darstellung nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt ist, und ich will insofern nicht mädeln. Aber eines ist mir darin aufgefallen: Man hat einfach radikal einen 20prozentigen Aufschlag auf die Einkommensteuer gelegt und ebenso auf die Vermögen von über 5000 M. eine radikale Auflage gemacht. Ich hätte es für viel richtiger gehalten, wenn man statt dieser radikalen 20prozentigen Auflage hingegangen wäre und hätte, wie es bei der ersten Auflage im September 1915 geschehen ist, auch diesmal wieder eine Staffelung vorgesehen und die geringeren Einkommen von 2400, 3000 bis 4000 M. meinetwegen mit weniger Lasten belegt, als es jetzt der Fall ist. Es scheint aber diese radikalisierte Methode eine Folge des allgemeinen Willens zur Radikalisierung zu sein, denn auch diese Zweimarkzulage, die seinerzeit gemacht worden ist, war ja auch nichts anderes als eine solche radikale Maßnahme, die ich nicht gutheißen kann. Man hat zweifellos das Beste damit gewollt; das wird garnicht bestritten. Aber, wenn man sozial gerecht sein will, so muß man doch sagen, daß mit dieser radikalen Maßregel dem sozialen Gerechtigkeitsfuss wenig gebietet ist. Ich möchte der Regierung doch anheim geben, gerade die Zweimarkzulage einmal einer Revision zu unterziehen und zuzusehen, ob man nicht da doch einen anderen Maßstab finden könnte, der der sozialen Gerechtigkeit mehr entsprechen dürfte.

Ich möchte wenige Worte noch zu den Tarifverträgen sagen. Tarifverträge sind zweifellos sehr gut. Ich habe selbst seit meinem 25. Jahre in der Industrie stehend mit Tarifverträgen zu tun und kann aus meiner Erfahrung sagen, daß die Arbeiter, die unter Tarifverträgen stehen, mir immer die liebsten waren, denn sie können mit etwas Festem rechnen, und das ist für sie viel wertvoller, als plötzlich wieder vor eine Lohnfrage gestellt zu werden. Wenn nun heute in dieser schwierigen Lage, in der wir sind, mit den Eisenbahnern neue Tarifverträge abgeschlossen werden sollen, so ist das zweifellos eine Sache, die auch ihre Schattenseiten hat. Es ist ja die ganze Lage der Produktion und die Lage der Lebensmittelversorgung so unsicher, daß man mit einem Tarifvertrage, der auf längere Zeit Geltung haben soll — und das ist ja das Wesentliche beim Tarifvertrage —, sehr schwer etwas ausrichten kann. Es wäre da vielleicht ein Mittel gegeben, daß man gleichzeitig mit der Aufstellung der Tarifverträge auch die jetzige Lebensmittellage fixiert und diesen Tarifvertrag dahin aufnahm, daß festgestellt, daß automatisch mit dem Fallen der Lebensmittelpreise auch ein Sinken der Lohnsätze eintreten würde. Es ist das eine schwierige Sache, aber sie kann und muß gemacht werden.

Dann ist von verschiedenen Rednern gestern und auch heute wieder betont worden, daß endlich wieder gearbeitet werden müsse und daß andererseits wieder Lebensmittel beschafft werden müssen. Beides sind die Kardinalfragen unserer

gegenwärtigen Lage: einmal die Forderung nach Arbeit, zum andern die Forderung nach Lebensmitteln.

Wenn ich von einer Forderung nach Arbeit spreche, so ist das vielleicht nicht richtig ausgedrückt, denn es gibt viele, die fordern ja nicht Arbeit, sie wollen nicht arbeiten, sondern die wollen auf eine andere Weise bequem ihr Leben fristen. Ich muß also die Forderung etwas anders stellen und sagen: Es muß gefordert werden, daß wieder redlich gearbeitet wird! Und da wird nun von verschiedenen Seiten eingewendet: Ja, wir können vielfach nicht arbeiten, uns fehlen Rohstoffe aus dem Auslande, ohne die unsere Industrie nicht arbeiten kann. Das ist das weniger Ausschlaggebende. Wir haben so viele Rohstoffe im Lande, denken Sie nur an die Kohlenindustrie, daß da alle Arbeitskräfte oder wenigstens die meisten Arbeitskräfte reichlich beschäftigt werden könnten, wenn sie nur wollten (Sehr wahr! rechts). Aber man hat heute seitens der Regierung, sei sie nun in Berlin oder hier, nicht mehr die Gewalt und nicht mehr die Macht, die Leute zur Arbeit anzuhalten, und wenn man ihnen auch mit den schönsten Worten vorredet: „Es ist einmal nötig, Herrschaften! Hört zu! Wir müssen arbeiten, sonst geht die Geschichte nicht!“, so fangen Sie heute mit diesen schönen Worten die Leute nicht mehr, erreichen gar nichts dadurch, denn es wird ihnen von anderer Seite eingestiftet, daß Arbeiten gar nicht nötig sei, sondern etwas anderes notwendig wäre.

Die zweite Frage ist die der Lebensmittelbeschaffung, und da sind wir ja vorläufig noch immer auf unser Inland angewiesen. Wenn da die Möglichkeit gegeben wäre, eine bessere Verteilung herbeizuführen, so wäre das selbstverständlich zu begrüßen. Ich sehe aber tatsächlich nach dieser 4½-jährigen Erfahrung, die man hier im Lande gemacht hat — ich selbst habe sie nicht gemacht, aber ich habe sie von anderen gehört — keinen Weg und kein Mittel, wie man da etwas erreichen soll, wenn nicht der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist, da eine Änderung eintreten zu lassen. Man kann also höchstens an den guten Willen appellieren. Wenn man noch etwas praktisch tun will, könnte man vielleicht darauf aufmerksam machen, und das möchte ich der Regierung sagen: Es ist Ihnen wohl bekannt, oder wenn es Ihnen nicht bekannt ist, bekümmern Sie sich darum, daß heute in Holland bereits große Mengen von Lebensmitteln, insbesondere Speck und Fett vorhanden sind, die an Großhändler in Deutschland schon heute verkauft werden oder verkauft sind. Es wartet bei den Großhändlern alles nur auf den Moment, daß die Entente die Grenzen freigibt und dann diese Mengen von Lebensmitteln herübergebracht werden können. Ich weiß nicht, ob die Berliner Regierung in dieser Beziehung schon Schritte getan hat. Ich möchte aber unserer Regierung anheimgeben, sie eventuell darauf aufmerksam zu machen, damit diese Lebensmittel, die greifbar sind, sobald die Grenze geöffnet ist, unserem Volke wenigstens zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden können und nicht erst wieder durch etliche Händlerhände gehen und nachher schließlich verteuert sind.

Das ist, was ich zu diesen beiden Kardinalfragen, Arbeit und Lebensmittel, sagen wollte. Ich hoffe, daß der Appell an den guten Willen der Arbeiter nicht vergeblich ist, auch besonders deshalb, weil dieser Appell gerade von der Partei ausgeht, die die größte Anzahl Arbeiter in sich birgt, das ist die sozialdemokratische Partei. Sie hat ja ehrlich und offen überall und immer wieder ihre Leute aufgefordert, an die Arbeit heranzugehen, und es ist nur bedauerlich, daß sie nicht mehr derartigen Einfluß hat, daß die Leute ihrem Rufe auch Folge leisten. Ich habe früher die sozialdemokratische Organisation darum bewundert, daß sie die Massen in einer so festen Form zusammengefaßt hat. Es ist schade, daß heute dieses feste Zusammenfassen der Massen seitens dieser Partei nicht mehr vorhanden ist. Vielleicht gelingt es ihr aber doch auf irgend einem Wege wieder, die Massen in die Hand zu bekommen, und dann würde sie zweifellos, das will ich jetzt schon anerkennen, sich das größte Verdienst um unser Volk erwerben. Denn, wenn wieder gearbeitet wird, werden wir auch wieder hoch kommen.

Bei dem zweiten Appell, daß auch zur Erzielung einer besseren Lebensmittelverteilung allseits der gute Wille vorhanden sein möge, damit die Verteilung in besserer Form erfolgen möge als bisher: ich weiß nicht, soll ich mich da besonders an die Leute vom Lande wenden, oder an die reichen Leute? Er geht, glaube ich, an alle; denn, seien wir offen und ehrlich, tatsächlich lebt heute keiner mehr unter uns nur von dem, was er kraft der Zuteilung bekommt, sondern mehr oder minder sind wir alle darauf angewiesen, besonders wenn wir Kinder haben, uns noch etwas anderswoher zu verschaffen, um diese

Kinder wenigstens einigermaßen menschenwürdig ernähren zu können.

Also lassen Sie diese beiden Appelle ins Land hinauslingen, vielleicht daß sie doch noch Anklang finden, obwohl ich viel Vertrauen dazu nicht habe (Beifall bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei).

Im Verlaufe vorstehender Ausführungen hat II. Vizepräsident Muser die Leitung der Verhandlungen übernommen.

Abg. Fleig (Soz.):

Die Beamten und Arbeiter haben an Sie und an die Regierung die Forderung um Gewährung von Teuerungszulagen gestellt. Die Form, in der dies geschah, hat allgemein unangenehm berührt (Sehr richtig!). Auch ich will die Art und Weise, wie das geschehen ist, nicht befürworten, aber ich bin der Ansicht, daß dieses Ultimatum mehr ein Notgeschrei gewesen ist als eine Drohung (Zurufe rechts: Na, na!). Ich bin der Überzeugung, wären diese Leute gewerkschaftlich organisiert gewesen und hätten sie die Richtlinien der Organisation gefasst, ich glaube nicht, daß sie dann auf diese Art und Weise vorgegangen wären. Denn ich möchte hier betonen: gerade die gewerkschaftliche Aufklärung, die jahrelange gewerkschaftliche Arbeit, hat auch uns Eisenbahner dahin geführt, daß wir wußten, daß es Pflicht und Schuldigkeit jedes Badeners, jedes Staatsbeamten und Arbeiters ist, seine Pflicht bis aufs äußerste zu erfüllen, und daß die Eisenbahner jederzeit, nicht bloß während des Krieges, sondern auch schon vor dem Kriege ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, daß sie willens sind, dem Staatsgange zu dienen (Zustimmung links). Die Eisenbahner haben während des Krieges nicht nur Menschenmögliches geleistet, sondern sie haben Arbeiten vollführt, die im Grunde genommen eigentlich über ihre Kräfte hinausgingen. Die Erholungs- und Ruhezeit war fast gänzlich aufgehoben. Dienstzeiten von 18 bis 20 Stunden pro Tag waren keine Seltenheit, und ich kann Ihnen sagen: Gerade unter dem Fahrpersonal ist es öfters vorgekommen, daß Kollegen, das Eisenbahnbeamte sich die Tragweite ihres Dienstes bewußt waren und daß es ihnen Sorgen bereitete, daß sie unter diesen Umständen ihren Dienst ausführen mußten, weil sie wußten, daß es ihnen beinahe nicht mehr möglich sein würde, den Dienst zu vollführen; sie wußten aber auch, daß sie der Allgemeinheit gegenüber eine große Verantwortung tragen.

Die frühere Regierung hat die nötige finanzielle Hilfe nicht gewährt (Sehr richtig! links). Es wäre notwendig gewesen, daß die frühere Regierung die Notlage der Staatsbeamten und Arbeiter früher beachtet hätte, und ich glaube, daß viel Mißmut und Mißstimmung unter den Eisenbahnern vermieden worden wäre, daß die Mißstimmung nicht in dem Maße überhand genommen hätte, wie sie tatsächlich nun verschiedentlich zum Ausdruck kommt. Die allgemeine Teuerung stieg rapide, aber die Verwaltung wollte mit Teuerungszulagen nicht herausrücken. Sie hat es erst nach langem Drängen der Gewerkschaften und der Organisationen getan. Aber diese Teuerungszulagen, wie sie ursprünglich den Beamten und Arbeitern gewährt wurden, waren ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ich habe vorhin angeführt, daß das Ultimatum der Eisenbahner in Mannheim ein Notgeschrei gewesen ist, und ich möchte darauf hinweisen, daß dieser Notschrei jedenfalls deshalb erfolgte, weil es den badischen Beamten und Arbeitern bewußt war, daß alle anderen Bundesstaaten mit der Teuerungszulage vorangingen. Wohl hat die jetzige Regierung ab 1. Dezember eine Lohnerhöhung von 2 M. eintreten lassen. Aber, nachdem die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Beamten so niedrig waren, war die Gewährung dieser Zulage ein Gebot der Notwendigkeit. Ferner ist auch in Betracht zu ziehen, daß die Eisenbahnarbeiter während des Krieges allgemein niedriger entlohnt waren als die Arbeiter der Privatindustrie.

Die einmalige Summe, die Sie nun gewähren wollen und gewähren sollen, ist notwendig, um eine Neuanschaffung an Kleidern und Schuhen ausführen zu können, denn die seitherige Entlohnung hat Anschaffungen auch auf diesem Gebiete nicht ermöglicht. Die letzte einmalige Zulage war infolge des Umstandes, daß nach oben mehr gegeben wurde als nach unten, unsozial. Eine Lücke ist von der Septemberzulage für die Kriegsteilnehmer noch auszufüllen, und ich möchte Sie darauf hinweisen, daß zur Zeit eine Vorlage vorliegt, um auch den Kriegsteilnehmern die Zulage gewähren zu können. Es wird unter den Kriegsteilnehmern nicht verstanden werden, wenn jetzt alle Beamte diese Zulage erhalten würden, nachdem die Kriegsteilnehmer nur mit einem Bruchteil entlohnt werden. Ich ersuche die Regierung, die einmalige Zulage in aller Eile auszubehalten.

Der Lohntarif steht heute nicht zur Debatte. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, die Regierung möge mit dem Abschluss nicht mehr lange warten und die Verhandlungen alsbald beginnen. Die Eisenbahner sind ein gewichtiges Glied des Staates, sie sind der Lebensnerv der staatlichen Volkswirtschaft. Lindern wir die Sorgen der Männer vom Flügelrad, so haben wir dem Volke ganz sicher gedient und die Vorbedingung für Ruhe und Ordnung geschaffen (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Spengler (Zentr.):

Als Vertreter des gewerblichen Mittelstandes möchte ich einige Worte sprechen. Ich gönne den Beamten und Arbeitern die hier zur Vorlage gebrachte Zuwendung mit Rücksicht auf die Teuerung. Ich bin persönlich auch kein Freund der Ziehung der Grenzen, der Festlegung von Klassen in Bezug auf höhere Einkommen, denn ich nehme an, daß solche Grenzen zu ziehen, Pforten mit sich bringt, die ich vermieden wissen möchte. Der ideale Zustand wäre, wenn es gelingen könnte, im Falle wirklich erwiesener Dringlichkeit Zuwendungen zu machen. Da dies nun aber nicht möglich ist, möchte ich bitten, nicht engherzig zu sein und diese Vorlage einheitslich, wie sie vorliegt, zur Annahme zu bringen. Etwas mehr Begünstigung hätte ich wohl auch dem fahrenden Eisenbahnpersonal gegönnt, denn diese Leute, die infolge ihrer längeren Dienstzeit genötigt sind, häufig auswärtig zu wohnen, haben offenbar unter der Teuerung mehr zu leiden als diejenigen ihrer Kameraden und Kollegen, die am häuslichen Herd im Kreise ihrer Familie ihr Mittagmahl einnehmen können.

Der Herr Abg. Weizhaupt hat schon in dankenswerter Weise des Mittelstandes und speziell des Handwerkerstandes gedacht, so daß ich nicht nötig habe, die Worte doppelt zum Ausdruck zu bringen. Aber ich muß doch feststellen, daß eben nicht nur der Beamten- und Arbeiterstand so sehr unter der Kriegslage und der Teuerung leidet, sondern auch der gewerbliche Mittelstand, besonders der Handwerkerstand. Tausende kehren vom Kriegsdienst zurück und finden zu Hause nichts mehr vor als verrostete Werkzeuge. Sie sind ohne Betriebsmittel und ohne Rohstoffe. Hier ist Hilfe wirklich dringend am Platze. Ich empfehle jetzt schon der Regierung, sie möchte den bereits vorliegenden Gesuchen und Interpellationen weitgehendes Wohlwollen entgegenbringen.

Die traurige Lage, in welche der verlorene Krieg uns gebracht hat, wurde hier an dieser Stelle schon sehr treffend geschildert, und das Bild, das uns vorschwebt, wurde schon in bunten Farben gemalt. Es ist also hier nicht nötig, noch ein weiteres Wort vorzubringen; es bleibt nur die Tatsache übrig: Es muß zur Tat geschritten werden, die alle Volkskreise erfassen muß und jedes einzelne Glied des Ganzen zur Pflicht mahnt. Es hat auch wenig Sinn, wenn man hier den Abbau der Preise, besonders der Preise für die Lebensmittel und Gebrauchsartikel fordert und nach diesen schreit, wenn nicht gleichzeitig auf allen Seiten des Volkes der ernsteste Wille zu intensiver Arbeit betätigt wird; denn alle Verbilligungen, die gefordert werden, haben zur Voraussetzung eine mögliche Verminderung der Herstellungskosten. Also müssen wir zurückkehren auf das Grundprinzip der Arbeit. Hier ist Einkehr und Selbstzucht am Platze. Einkehr und Selbstzucht tun hier not. Unsere landwirtschaftliche Bevölkerung, besonders der kleine Landwirtschaftsstand hat offenbar schwere Arbeit geleistet, er ist der Vertreter harter Arbeit, und gerade für diesen Stand, für diese Leute trifft der gestern an dieser Stelle von einem Herrn zum Ausdruck gebrachte Urgrundsatz zu, daß man im Schweitze seines Angesichts sein Brot essen soll. Also dieser harte arbeitende Stand, die Kleinbäuerliche Bevölkerung, braucht sich nicht erst diese Maßnahme anzugewöhnen; sie lebt tatsächlich schon nach diesem Urgrundsatz.

Wenn dann weiter zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Lebensweise auf dem Lande besser sei, wie die Abg. Frau Fischer ausgeführt hat, so kann ich aus eigener Wahrnehmung sagen, daß es nicht in dem Maße zutrifft, und daß diese Bevölkerung in keiner Weise im Verhältnis zu ihrer schweren Arbeitsleistung Ansprüche an die Lebenshaltung stellt. Nicht von allen Volksgenossen unseres engeren und weiteren Vaterlandes kann man dies sagen. Arbeit bleibt das Grundziel. Ich appelliere deshalb an alle Kreise, und hinaus in alle Gauen unseres lieben badischen Landes soll der Ruf erklingen: Wir wollen verständlich hier auf gemeinsamem Boden uns zusammenfinden und alle Kräfte anspannen zu ineinandergreifender und fruchtbringender Arbeit, entsprechend dem gemeinsamen Grundsatz: Für das Volksganze! Nur mit eisernem Willen und mit Tatkraft allein können wir die schwere Aufgabe erfüllen, die die Not der Zeit uns stellt und die es ermöglichen

soll, einer erträglichen Zukunft entgegenzugehen und unserem hartbedrängten Volk die Lage wesentlich zu erleichtern.

Im Verlaufe obiger Ausführungen hat Präsident Kopp die Leitung der Verhandlungen wieder übernommen.

Abg. Dr. Dieß (Soz.):

Ich will Ihre Aufmerksamkeit nicht lange in Anspruch nehmen und hätte das Wort nicht ergriffen, wenn ich nicht im Namen all der Tausende und Zehntausende von Badenern, Müttern, Vätern, Brüdern, Schwestern, die Angehörige draußen bei unseren Truppen verloren haben, Protest erheben dürfte gegen die Schmach und Schande, die uns angetan wurde und die uns heute wieder angetan worden ist von einem Herrn, der es gewagt hat, zu sagen, der Krieg sei verloren gegangen, weil in den letzten zwei Jahren mit unseren Kindern Elemente hinausgekommen seien, die nicht mehr ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland erfüllt hätten, und weil infolgedessen unsere Truppen ihre Leistungen nicht mehr hätten erfüllen können. Das Gegenteil davon ist wahr, und es ist eine niederträchtige Beschimpfung gegen uns, wenn derartige behauptet wird.

Präsident Kopp (unterbrechend):

Herr Abg. Dr. Dieß, ich bin der Meinung, daß Sie dem Herrn Vorredner Abg. Mager nicht vorwerfen können, daß er eine Beschimpfung ausgesprochen hat. Soviel ich mir habe referieren lassen, hat er auch nicht generalisiert, sondern er hat von einzelnen Fällen gesprochen (Abg. Mager: Ich habe zwei Ursachen angegeben, den inneren und den äußeren Feind).

Präsident Kopp:

Herr Abg. Mager, Sie dürfen keinen Zwischenruf machen, ohne daß Sie aufgerufen sind. Ich habe die Auffassung, daß nicht generalisiert wurde und muß daher bitten, auch nicht zu generalisieren.

Abg. Dr. Dieß (fortfahrend):

Schon, ich werde nicht generalisieren, sondern feststellen, daß als Ursache unseres Zusammenbruchs von dem Herrn Vorredner, der in Betracht kommt, und von seinen Freunden angegeben worden ist der äußere Feind und der sog. innere Feind, von dem gesagt wurde, er habe das Heer von hinten erdolcht, und Sie, Herr Abg. Mager, haben das aufrecht erhalten. Damit ist gesagt worden, der Geist, der in unsere Truppen hineingekommen sei mit unseren Rekruten und Ersatztruppen seit dem Jahre 1917, von dem Sie, Herr Abg. Mager, ein Beispiel angeführt haben, ein einziges, das Sie aber als Muster für den ganzen Geist, der hineingekommen sei, angeführt haben, dieser Geist habe uns den Krieg verlieren lassen. Das ist etwas Unwahres, das werden wir wohl sagen dürfen, wir, die wir mitgekämpft haben, wenn wir auch nicht mit 40 Jahren Offiziere geworden sind, die wir aber unsere Wunden haben kämpfen und fallen sehen. Das ist dasjenige, was wir als Beschimpfung der Gefallenen und derer, die eben zurückgekommen sind, empfinden. (Abg. Mager-Karlsruhe: Wir weisen diese Beschimpfung, die sich gegen uns richtet, energisch zurück! — Abg. Mager: Ich empfinde diese Behauptung als eine Beschimpfung!). Empfinden Sie das ruhig.

Präsident Kopp (unterbrechend):

Ich muß bitten, alle Zurufe zu unterlassen. Hier habe ich Ordnung zu halten. Ich kann nicht dulden, daß einem einzelnen Abgeordneten vorgeworfen wird, er habe eine Beschimpfung vorgenommen. Man kann in objektiver Hinsicht sagen, daß man etwas als eine Verletzung empfunden hat, aber in diesem Zusammenhang sieht es aus, als ob der Herr Abg. Mager sich einer Beschimpfung des Heeres schuldig gemacht hätte. Ich habe das aus seinen Ausführungen nicht entnehmen können. Jetzt bitte ich, diesen Gegenstand zu verlassen, jedenfalls in einem anderen Ton zu sprechen. Wir wollen uns doch nicht gegenseitig beleidigen; ich weiß nicht, was dabei herauskommen soll.

Abg. Dr. Dieß (fortfahrend):

Es ist richtig, daß seit dem Jahre 1917 allmählich in unserem Volke in weiten Kreisen die Überzeugung zum Durchbruch kam, daß wir ein betrogenes und belogenes Volk gewesen sind, als wir in diesen Krieg hineingingen, und daß damit ein Ende

gemacht werden muß. Und diese Überzeugung konnte man hören überall im Lande, landab bis Wertheim und landauf bis Pfullendorf, und wenn man nicht I. oder II. Klasse, sondern III. und IV. Klasse zu fahren pflegte, so konnte man mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse geschmückte Unteroffiziere, Bürgerleute der besten und zuverlässigsten Gesinnung hören: Das machen wir nicht mehr mit, wir wollen nicht mehr, die Sache ist verloren, der Geist, der uns in diesen Krieg hineingebracht hat, bringt uns zum völligen Ruin! Das ist ganz richtig.

Auf der anderen Seite hatte das Offizierskorps, nicht alle Offiziere, ich will nicht einmal sagen die meisten, aber manche jedenfalls, den Geist der Überhebung, indem sie die Soldaten nicht als gleichberechtigte Kriegskameraden behandelten, sondern sie in hunderten von Fällen anders behandelten und zwar in einem Tone, wie wir ihn vorhin gehört haben, als es sich um die Erwerbslosen gehandelt hat, bei denen man wohl den jungen Menschen mit der Zigarette sieht, aber nicht den armen Teufel von Familienvater, der zu Hause mit Weib und Kindern morgens aufsteht, um auf die Wanderschaft nach Arbeit zu gehen, aber vorwurfsvoll angesehen wird von Frau und Kind, wenn er keine Arbeit findet, und abends ins Bett sinkt mit Jammer und Glend. Von dem redet man nicht (Sehr richtig!). Das ist der Geist, der in unserem Offizierskorps herrschte, und dieser Geist herrscht heute noch und hat uns die Spartakisten im Reich gezüchtet (Widerspruch rechts). Das ist so, kein Wort ist da zurückzunehmen. Dieser Geist war weit verbreitet, dieser Geist war allerdings da. Aber der Vorwurf, daß unsere Jungen ihre Pflicht in den letzten zwei Jahren nicht getan hätten (Widerspruch), das ist es, wogegen wir auftreten. Wir haben es schon ausgesprochen, sie haben die Pflicht getan bis zum Tode. Nicht ein Dolchstoß von hinten hat sie erdolcht, sondern der frevelhafte Übermut der Tirpitz und Ludendorff hat sie erdolcht (Widerspruch rechts). Sie haben uns die Macht der Amerikaner auf den Hals geladen und die haben dann mit ihren Massen von Geschützen unsere Grenadiere zu Brei geschlagen. Und doch sind sie bis zum letzten Moment die „herrlichen“ Grenadiere geblieben, welche ihr Kommandeur mit Recht so bezeichnen konnte. Das war nicht bei einem Regiment so, das war an der ganzen Westfront so, trotz dieses Geistes haben viele ihre Pflicht getan, bis zum letzten, bis sie totgeschlagen waren. Das war kein Geist von hinten, der sie erdolcht hat, das war die Übermacht. Der Kommandeur der Leibgrenadiere, neben dem mein Sohn die ganze Nacht im Granatfeuer gelegen war, hat gesagt: 37 Mann habe ich von dem ganzen Regiment — vom ganzen Regiment, nicht etwa vom Bataillon — aus der November Schlacht zurückgebracht, und das war nicht das einzige Regiment, dem es so gegangen ist, trotz des schönen Einzugs mit 500 oder 600 Mann, wobei man 300 Bagageleute und 120 Urlauber und Mannschaften vom Ersatzbataillon verwandte, um einen schönen Erzug zu ermöglichen — die Toten hat man nicht mitgebracht — und beim Nachbarregiment war es ebenso.

Als ich vor einigen Monaten mit dem Adjutanten des Prinzen Friedrich von Meiningen sprach, hat er mir gesagt: Bei uns war es noch schlimmer; von 2 Regimentern sind bei uns 5 Offiziere und 30 Mann zurückgekommen. So ist es gegangen, daß uns die Übermacht der Feinde, welche die genannten Personen uns auf den Hals gejagt haben, den Feldzug verlieren ließ. Der Geist, der im Jahre 1917 in die Armee kam, soll die Leute nicht mehr getrieben haben, obwohl dieser Geist doch die Jzonzooffensive Herbst 1917 und die Märzoffensive 1918 ermöglicht hat und im Mai 1918 weit bis an die Marne vorgeedrungen ist. Nein, der Geist war da, das waren Truppen, wie sie die Welt noch nie gesehen hatte und wie wir sie nur erst in diesem Krieg gesehen haben. Aber das, was die Niederlage gebracht hat, das war die militärische Ohrfeige, welche unsere Julioffensive erlitt, und die Fochsche Übermacht, die in der Folgezeit immer mehr zur Geltung kam, wo es zurückging von Tag zu Tag, bis der Ludendorffsche Zusammenbruch kam, der Zusammenbruch des Gasardeurs (lebhafter Widerspruch rechts). Auf das Allerentschiedenste erheben wir Protest und kein Wort wird zu scharf sein, um der Behauptung entgegenzutreten, daß unser militärischer Zusammenbruch und unser militärisches Ende verursacht worden sei durch irgend einen „Geist“, der angeblich in die Armee hineingekommen ist. Unsere Armee hat Wunder geleistet, und sie hat sich, ganz gleichgültig was für ein Geist darin war, auch noch beim Zusammenbruch gut gehalten. In der Tat haben sich in der Etappe eine Reihe unliebsamer Erscheinungen gezeigt. Dafür machen Sie den Geist verantwortlich, den Sie (zu den Deutsch-Nationalen) vor dem Krieg und während des Krieges in die Massen hineingepflanzt haben (Weisfall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Maher-Karlsruhe (D. Dem. Vp.):

Ich könnte auch persönliche Töne einfließen und wenn ich die Zeit in Anspruch nehmen wollte, so nähme ich mir das Recht, der Ansicht, die Abg. Diez vertreten hat, zu widersprechen im Namen seines und meines Sohnes. Aber ich will auf die Sache selbst kommen. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Frage, wie es hat geschehen können, daß das deutsche Volk so vollständig, so unerhört zusammengebrochen ist, wie es nie in der Geschichte vorgekommen ist, eine der wenigen ganz wichtigen Fragen ist, die uns bekümmert, und ich bin der Meinung, daß in dieser Frage das deutsche Volk mit der Zeit einig werden muß, denn wir können nicht, was wir doch wollen, ein einzig Volk von Brüdern sein, wenn wir in dieser Frage auseinander gehen, die uns im Innersten unseres Herzens berührt und die zusammenhängt mit unserem tiefsten eigenen Wesen. Wir sind gegenwärtig noch nicht einig, sondern in zwei Parteien gespalten, die aufs Weiteste von einander entfernt sind. Wir haben heute ein Beispiel dafür bekommen, auf der einen Seite Herr Abg. Dr. Gothein und hinter ihm und um ihn stehend die Sozialdemokratie, auf der anderen Seite diejenigen, deren Auffassung und Urteil auch ich beipflichte. Ich meine allerdings, unsere Auffassung wird von vielen geteilt, und wir haben das gute Recht, uns mit unserer Meinung sehen und hören zu lassen. Nun hat Herr Abg. Gothein es für nötig gefunden, sich an meinem Urteil zu reiben, aber er hat dabei keine glückliche Hand gehabt. Entweder hat er gestern nicht recht gehört, was ich gesagt habe, oder von gestern auf heute ist ihm das, was ich gesagt habe, in der Erinnerung wieder entschwinden. Er hat dafür einige Entschuldigungen, denn die Berichte der Zeitungen, so viel ich gesehen habe, konnten seinem Gedächtnis allerdings nicht aufhelfen. In den beiden Zeitungen, in denen ich den Bericht über die gestrige Sitzung nachlas, war dieser Teil der Bemerkungen vollständig übergegangen, so gleichmäßig und vollständig übergegangen, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, es sei System darin; aber ich weiß noch, was ich gesagt habe und brauche nicht zu warten bis der amtliche Bericht kommt, und ich kann an das Wesentliche erinnern. Ich habe gesagt und sage es wieder: daß das Heer und das Volk — merken Sie wohl, ich habe nicht vom Heer allein geredet, sondern von dem Heer und dem Volk — von innen heraus zerrührt worden sei, um nicht zu sagen erdolcht (Sehr richtig!). Ich meine, es ist niemand so begriffstübig, um nicht zu merken, was ich damit habe treffen wollen. Haben Sie in der Tat, Herr Abg. Gothein, — ich muß mich doch persönlich an Sie wenden — niemals etwas gehört von Cohn, ich meine jetzt nicht den Kleinen, sondern den großen, den bekannten und berühmten Abgeordneten Cohn, und dem russischen Geld, von dem er geredet hat? Haben Sie nicht gehört, was im Januar durch die Zeitungen gegangen ist, vielleicht schon im Dezember? Da hat man Bekenntnisse von bekannten Parteiführern der Unabhängigen und Spartakisten lesen können, von der seit langem und sorgfältig mit fremdem Geld und durch fremde Kräfte vorbereiteten Meuterei. Das habe ich gemeint (Sehr richtig!).

Abg. Hamann (Soz.):

Ich hätte es unterlassen, mich in dieser Debatte zum Worte zu melden, wenn sich nicht diese letzten Vorgänge hier abgespielt hätten.

Der Herr Abg. Maher hat mit Recht hervorgehoben, daß das deutsche Volk in zwei Parteien zerrissen sei. Ich gestehe das offen zu, Herr Maher. Das deutsche Volk ist zerrissen in eine fortschrittliche Partei oder fortschrittliche Volkskreise und in Rückschrittler. Die Rückschrittler sind diejenigen, die das deutsche Volk dahin gebracht haben, wo wir zur Zeit stehen (lebhafteste Zustimmung bei den Demokraten und Sozialdemokraten). Nicht die Fortschrittler sind es gewesen oder werden es sein, die das deutsche Volk an den Rand des Abgrunds bringen, die fortschrittlichen Parteien, alle diejenigen, die demokratisch gesinnt sind, werden das deutsche Volk wieder herausreißen, wegreißen von dem Abgrunde, an dem wir uns zur Zeit befinden (Zuruf rechts: Man merkt!). Herr Abg. Maher, nicht nur das russische Geld spielt in Deutschland bei den Spartakisten eine Rolle (Abg. Maher-Karlsruhe: Aber doch!), sondern wir sind in einzelnen Städten auf dem Wege, nachzuweisen, daß heute auch deutsche kapitalistische Kreise Geld bei den Spartakisten untergebracht haben (Hört, hört! links), um dadurch die Reaktion in Deutschland wieder hoch zu bringen (Abg. Maher-Karlsruhe: Beweis!). Ich habe Ihnen gesagt: Wir sind auf dem besten Wege dazu, das nachzuweisen (Abg. Maher-Karlsruhe: Das ist eine Ausflucht!). Das

in keine Ausflucht, sondern ich habe gesagt: Wir sind auf dem Wege, das an die Öffentlichkeit zu bringen (Abg. Mager-Karlsruhe: Beweis!). Was liegt denn bei den Gesinnungsgenossen dieser Herren näher, um das Heft wieder in ihre Hand zu bekommen, als das deutsche Volk in den Abgrund hinunterzureißen, in die Abhängigkeit, in der wir früher gestanden sind. Sehr richtig! links). Es ist bekannt, daß der Kapitalismus bei keiner Wahlbewegung Selber gescheut hat und auch jetzt noch keine Selber scheut, um das deutsche Volk wieder in die Knechtschaft zurückführen zu können.

Ich muß auch bemerken, daß der Herr Abg. K a r l als Pfarrer nicht den Ton gefunden hat, den ein Pfarrer finden sollte. Heiterkeit rechts und im Zentrum. Er hat mit seinen Ausführungen über die Arbeitslosen zweifellos einem großen Teil der Arbeitslosen vor den Kopf gestoßen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Ich will nicht darauf eingehen, es ist bereits von verschiedenen Rednern und auch gestern von dem Herrn Abg. K ö h l e r in treffenden Worten gesagt worden, daß viele, viele Arbeitslose gern arbeiten möchten, wenn ihnen nur die Gelegenheit dazu gegeben wäre (Lebhafte Zustimmung). Das ist der Ton, den ein Pfarrer auch hier in der Nationalversammlung finden sollte, und ein Pfarrer sollte nicht so reden, wie es Herr K a r l vorhin getan hat.

Auch daß es Herrn K a r l vorbehalten blieb, diese gelbe Sippschaft in Deutschland in Schutz zu nehmen, ist auch bezeichnend; es ist auch nicht im Interesse des geistlichen Standes gelegen, daß man hier versucht, die gelben Organisationen im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Organisationen herauszustreichen. Sie können auch bei unseren Kollegen von der Zentrumsseite, die in den christlichen Gewerkschaften tätig sind, dieselbe Meinung hören wie bei uns, bei den freien Gewerkschaften, daß es für diese gelbe Organisation außer den Scharfmachern, außer den Unternehmern in Deutschland keinen Verteidiger gibt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Die Bergarbeiterverbände haben gemeinsam bei der letzten großen Bewegung gegen die gelben Gewerkschaften, gegen diese gelbe Gesellschaft, Stellung genommen und haben die organisierte Arbeiterschaft aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nun noch einige Worte zu dem, was bei meinen Parteifreunden vorhin die Erregung hervorgerufen hat. Ich bin ebenfalls seit dem 31. Juli 1914 im Heere gestanden, ich bin bei einem Landsturmabteilung an der Front gewesen. Da kann ich Ihnen aus Erfahrung mitteilen, daß es nicht russische Gelber und nicht „unabhängige“ Agitatoren gewesen sind, die den Geist der Soldaten zerrüttet haben, sondern daß in der Tat das schlechte Beispiel unserer Vorgesetzten, insbesondere derer in Offizierskreisen es war, welches den Mut und die Moral der Truppen auf das Ärgste heruntergebracht hat (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). — Abg. M ü l l e r -Schoppsheim: Militärischer Schwindell). Ich kann Ihnen mit Beispielen dienen! Erst beim letzten Rückzug war es in Moncornet einem brandenburg. Hauptmann vorbehalten, daß er von dem dortigen Kommandanten mehrere Eisenbahnwagen zur Verfügung gestellt bekam, um mehrere Raub, der teils aus Möbeln bestand (Hört, hört! links), teils in einer großen Menge Geflügel, in die Heimat zu führen (Abg. Mager: Haben Sie den Herrn an irgend einer Stelle gemeldet?). Ich will nur noch bemerken (Abg. Mager: Dann meldet man doch so einen Kerl. — Lachen bei den Sozialdemokraten), daß unser Kommandeur, der Oberstleutnant v. Ulrich (Lebhafte Zurufe von allen Seiten. Der Präsident bittet, Zurufe zu unterlassen) selbst gesagt hat: Wenn man derartige Sachen sieht, können wir den Krieg nicht gewinnen (Hört, hört! links). Auch bei meinem Bataillon — wir waren ja leider in Baden dazu verurteilt, zum großen Teil preussische Vorgesetzte zu haben — war ein Herr v. Wesser, ein echter medlenburgischer Junker, der das tollste Zeug getrieben hat. Während er auf der einen Seite die alten Landsturmlente abends in mächtigen Patrouillen mit 54 Mann hinausjagte, hielt er mit seinen Offizieren im Lager Gelage ab, und nicht nur das, sondern auch die Musik mußte dazu ihre Weisen spielen, und das nachts bis 2 Uhr (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Darüber zu sprechen, was sonst noch in Offizierskreisen geleistet wurde, würde zu weit führen. Aber eines möchte ich hier nicht unerwähnt lassen, was daran schuld war, daß wir in so kurzbarer kurzer Zeit zurückgehen mußten: es war der Menschenmangel! Der Menschenmangel an der Front — ich bin mit draußen gewesen an der Marne — war es, der es verursachte, daß der Rückzug dort so überraschend schnell sich vollziehen mußte, uns selbst zu schnell kam. Die technischen Waffen, besonders die Flugwaffe, waren auf der Gegenseite derart überlegen,

daß an einhalten nicht mehr zu denken war. Und, wenn in Bezug auf General Ludendorff von Sazardspiel geredet worden ist, so ist das auch insofern berechtigt, daß wir, obwohl wir so wenig Menschen hatten, uns noch derartige große Unternehmungen zutrauten. Wir haben Kampfdivisionen gehabt, die von einem Angriffspunkte zum andern gejagt wurden! Und da wollen Sie doch wohl nicht leugnen, daß die Leute, die derartige mitmachen mußten, mit der Zeit nicht mehr imstande waren, mit Lust und Liebe in den Kampf zu ziehen, sondern einfach ermattet und entnervt an die Front mußten, was schon von vornherein den Keim zur Niederlage in sich barg. Das ist das, was ich hierzu zu sagen hätte.

Nun möchte ich aber noch eines hervorheben, was ebenfalls gestern der Herr Kollege K ö h l e r so warm empfohlen hat, und das betrifft die Vinderung unserer Wohnungsnote. Ich möchte mich voll und ganz den Worten des Herrn Abg. K ö h l e r anschließen und der Regierung zurufen: Regierung, baue so schnell als möglich Wohnungen! Keine Resolutionen, keine Erhebungen, baue! Den Gemeinden Geld zur Verfügung gestellt und Wohnungen gebaut, dann wird auch ein großer Teil der Unzufriedenheit unseres Volkes gehoben werden (Beifall).

Präsident K o p f:

Die Debatte über die Ursachen unserer Niederlage steht in sehr losem oder in gar keinem Zusammenhang mit unserem Beratungsgegenstand. Ich möchte daher die folgenden Redner, die sich zum Wort gemeldet haben, bitten, sich so kurz als möglich zu fassen, damit wir heute damit zu Ende kommen.

Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.):

Die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Mager zwingen mich natürlich, noch einmal kurz zu antworten, denn sie waren ganz persönlich an mich gerichtet. Ich werde es aber ganz kurz tun und in einer so ruhigen Weise, daß ich hoffe, daß solche Szenen, wie wir sie vorhin erlebt haben, sich nicht wiederholen.

Ich finde, daß Herr Mager und seine Freunde doch einen starken Rückzug angetreten haben. Mein Gedächtnis trägt mich nicht, sondern Sie geben es selber zu. Sie haben gesagt: Die Front ist von hinten erdolcht worden. Heute ist das Wort von Herrn Mager dahin ausgelegt worden: Die Front ist von hinten vergiftet worden. Das ist etwas sehr wesentlich anderes. Ihre Ausführungen gingen dahin: Es sind an der Front schlechte Kerle gewesen, die von hinten kamen, Volkswelken, die aus Rußland gekommen sind, und den Geist des Heeres untergraben haben. Und jetzt hat Herr Mager seine Ausführungen dahin ausgelegt: Das Heer ist von innen zermürbt worden (Abg. Mager-Karlsruhe: Das habe ich gestern schon gesagt!) Das ist etwas ganz anderes. Bei ruhiger Erwägung, ich möchte fast sagen, bei philologischer Betrachtung der Worte „von hinten erdolcht“ ist keine andere Auslegung möglich, als diejenige, daß das Land von hinten das Heer, das im übrigen standhaft war, erschüttert hat. Die andere Erklärung, die wir heute von Herrn Mager gehört haben, stimmt nicht. Es hat ja schlechte Kerle gegeben, die gibt es aber schließlich überall (Zustimmung); der Nachweis, daß diese schlechten Kerle unsere Heere demoralisiert haben, ist nicht erbracht. Innerlich zermürbt worden ist das Volk und das Heer. Das haben wir alle gesehen und erlebt. Es kommt nur darauf an, durch wessen Schuld Volk und Heer zermürbt worden sind. Und da gebe ich Herrn Mager recht, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist, daß wir darüber uns vollständig klar werden. Das wird eine Aufgabe der Geschichte sein (Abg. Dr. Schöjfer: Da werden wir ein paar Jahrhunderte zurückgehen müssen!). Dieser Krieg war eine große Tragödie der Irrungen. Sie haben auf den verabschiedeten Seiten bestanden, auch auf Seiten unserer Gegner. Auch sie haben sich in dem, was unser Volk leisten kann, schwer geirrt. Irrer ist menschlich, aber in einem Moment hört es auf, entschuldigbar zu sein, das ist der Moment, wo die Irrung zur bewußten Täuschung wird. Und diese schwere Anklage werden wir in der Tat erheben gegen die, die geglaubt haben, durch solche Täuschung die Irrung im Volk und Heer aufrecht erhalten zu sollen. Ludendorff werden wir den geringsten Vorwurf machen können; er stand schließlich an der Front und mußte das Heer führen, und große Generale haben oft dasord gesrielt. Aber diejenigen, die zuerst sich selbst blauen Dunst vorgemacht und gegen besseres Wissen fortwährend Phrasen gemacht haben, bis sie auch dem Volk den blauen Dunst vorgemacht hatten, sind die Hauptschuldigen. Darüber wird die Geschichte sprechen. Die Front ist

nicht im geringsten dadurch beeinträchtigt worden, die Front hat ihre Pflicht getan, wie das Herr Kollege Dieß ausgesprochen hat, sie hat fest gestanden.

Ich gebe den Herren auf der Rechten zu bedenken, ob es zu ihrem Vorteil und in ihrem Sinne war, diese Darstellung der Vorgänge im Heere zu geben (Abg. M a h e r-Karlsruhe: Das weisen wir zurück, das ist eine Unterstellung, der Sie sich nicht schuldig machen sollten! — Glocke des Präsidenten). Ich spreche darüber ganz ruhig! (Abg. M a h e r-Karlsruhe: Wenn man verleumdet wird, verliert man die Geduld!). Wenn die Herren M a h e r und M a g e r davon gesprochen haben, daß der Geist des Heeres vergiftet worden, daß der Bolschewismus eingezogen sei, wodurch die Niederlage verschuldet worden sei, gebe ich ihnen zu bedenken, ob das von ihrem Standpunkt aus klug ist. Wir und der Sozialdemokrat Dieß sind es gewesen, die für die Ehre des Heeres eingetreten sind. Gelitten, Herr M a h e r, haben wir alle aufs tiefste, da kann keiner dem andern einen Vorwurf machen. Wir sollten aus dieser schmerzlichen Debatte die Lehre ziehen: auch die Gründe der Niederlage wollen wir erörtern, aber die Wahrheit wollen wir damit erreichen und auf Grund der Wahrheit wollen wir versöhnlich sein, denn wir wollen nicht zerstören, sondern aufbauen (Beifall).

Abg. K a r l (D. Natl. Sp.):

Es ist mir ein Vorwurf gemacht worden aus dem kurzen Satz, in dem ich auch über die Arbeitslosen gesprochen habe. Es war nur ein Nebensatz. Wenn Sie diesen Nebensatz, der vielleicht um seiner Kürze willen mißverständlich ist, später im Stenogramm sich noch einmal betrachten und überlegen, so werden Sie folgendes darin finden: Erstens, daß ich es beklage, wenn ein Mensch durch die Not der Zeit aus der Arbeitslosigkeit eine Arbeit oder aus der Berufslosigkeit einen Beruf machen muß; daß ich es beklage, wenn ein Mann, der gezwungen ist, arbeitslos zu sein und die Arbeitslosenvergütung anzunehmen, damit auch zur fast absoluten Untätigkeit verurteilt ist. Ich habe zweitens gesagt: er darf auch nicht einmal gelegentlich heimlich arbeiten und verdienen, sonst wird er nicht mehr als arbeitslos betrachtet. Er darf nicht heimlich seine Einkünfte verbessern, indem er mir z. B. im Garten einen Dienst tut, oder sonst eine Arbeit verrichtet; er ist also auf seine Einkünfte aus der Unterstützung angewiesen. Das war es, was ich meinte.

Sodann: Es hat heute vielleicht niemand mehr tatsächlich unter 2400 M. Einkommen (Zuruf links: Gehen Sie einmal ins Oberland!). Ich lasse mich sehr gern belehren. Wenn es sich anders verhält, als ich meine, bedauere ich es. Wir wollen uns übrigens solche gelegentliche Bemerkungen nicht so furchtbar übel nehmen und gleich zu prinzipiellen Behauptungen fortspinnen. Sodann: Ich will keine Debatte hervorrufen und darum auch nichts sagen über das Wesen und die Berechtigung der gelben Gewerkschaften; ich will nur etwas richtig stellen, nämlich einen Vorwurf, der gegen diese Gewerkschaften erhoben worden ist, und der auf einem Irrtum beruht. Ich habe nur das Urteil des Herrn Kollegen R e m m l e über die gelben Gewerkschaften berichtet auf Grund einer Aussage des Ministers Scheidemann selbst. Ich glaube, damit könnten wir die Auseinandersetzungen auch über die gelben Gewerkschaften beendigen.

Abg. Dr. K r a u s (Soz.):

Ich will mich an die Weisung des Herrn Präsidenten halten und mich kurz fassen.

Im Namen der deutschen und vor allem der badischen Soldaten, die am 9. November die Revolution gemacht haben, erhebe auch ich hier Protest gegen die Behauptung, daß diese Revolution eine feige Vubentat gewesen ist, als ob damals dem Heer draußen von der Heimat aus der Dolch in den Rücken gestochen worden wäre. Ich möchte hier mit kurzen Worten auch noch einen Kommentar zu den Ausführungen des Herrn Abg. M a h e r-Karlsruhe geben. Vor den Wahlen zur badischen Nationalversammlung hat der Herr Abg. M a h e r eine Versammlung in der Turnhalle in Billingen abgehalten, in der er u. a. das Wort gesagt hat: „Die deutsche Eiche ist von Vubenhaut gefällt worden.“ Ich glaube, das ist der beste Kommentar für die etwas parlamentarisch abgeschwächte Behauptung wie sie gestern hier wiedergeleht ist.

Ich habe hier keine Zeit, einzugehen auf die deutsche Kriegspolitik und auf die Ursachen, die uns zum Zusammenbruch geführt haben; aber Eines möchte ich doch sagen gegenüber einer Konstruktio, die besonders in diesen Kreisen beliebt geworden ist der Revolution gegenüber: Es waren nicht in erster

Linie die Stappenschweine, die am 9. November die Revolution gemacht haben, sondern, soviel ich die führenden Köpfe Vadens kennen gelernt habe, — es waren auch Gauner und Schurken darunter, die waren aber im alten System an maßgebenden Stellen auch schon vorhanden — waren es Soldaten, die, wie ich selbst, jahrelang im Felde gestanden sind und schließlich physisch und moralisch verzweifelt und zusammengebrochen sind unter dem System, das uns 4½ Jahre lang beherrscht hat. Und die Truppen, die in den letzten Tagen zurückgekehrt sind, und deren Offiziere geglaubt haben, dem Soldatenrat in der Heimat den Krieg erklären zu können, waren zumteil junge Rekruten, die vor einem halben Jahre ausgerückt waren, während diejenigen, die die Revolution gemacht haben, drei- und mehrjährige Kriegserfahrung gehabt haben. Dabei spricht man von einer Unterwühlung der Front. Wer hat denn die revolutionären Arbeiter in die Front hineingesteckt? Das war die oberste Heeresleitung, und vor allem Ludendorff selbst. Das war die deutsche Machtpolitik, wie sie hier seit Jahrzehnten aufgebaut war, gestützt auf die Macht des Militärs und des Säbels, die zusammengebrochen ist in der Revolution. Und Revolution hat das Urteil der Geschichte nicht zu fürchten. Es ist traurig, daß wir zusammengebrochen sind, und daß die Feinde auf uns einstürmen; wenn man aber einmal die Geschichte sub specie aeternitatis (im Lichte der Ewigkeit) anschaut, so wird der Wert eines Volkes nicht bemessen darnach, wieviel fremde Völker es besiegt und beherrscht hat, sondern wieviel Freiheit und innere Größe es besessen hat. Dazu hat die Revolution das Fundament geschaffen, und dazu wollen wir mitbauen im neuen deutschen Volksstaat (Beifall links).

Abg. M a u s c h (Soz.):

Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Abg. M a g e r hier entgegenzutreten. Wir beide haben uns schon vor der Wahl in eingehender Weise auseinandergesetzt; dort hat Herr M a g e r denselben Ton angeschlagen wie hier. Ich gebe der Erwartung Ausdruck und hoffe, daß wir in nicht allzu ferner Zeit außerhalb dieses hohen Hauses Gelegenheit haben werden, uns über diesen Fall vor der Wählerschaft gründlich auseinanderzusetzen.

Der Zweck meiner Wortmeldung war aber der, daß ich an den Herrn Abg. W e i ß h a u p t eine kleine Anfrage richten wollte, wie er zu seiner Schlussfolgerung hinsichtlich der landwirtschaftlichen Preise kam. Herr W e i ß h a u p t hat heute morgen erklärt, daß wir in Deutschland die billigsten Preise haben. Dies kann ich momentan nicht nachprüfen, ob es stimmt. Er hat weiter gemeint, die hohen Preise seien die Schuld des Schleichhandels — das ist ohne weiteres richtig —, die Landwirtschaft habe nichts davon, und er kam zu dem überraschenden Schluß, daß die Landwirtschaft ja viel viel lieber nicht verkaufen würde zu diesen Schleichhandelspreisen. Ich möchte an den Herrn Abg. W e i ß h a u p t und an seine Freunde die Frage richten, wer die Landwirtschaft denn zwingt, zu Schleichhandelspreisen weiter zu verkaufen, was dem im Wege steht, daß sie ihre ganzen Produkte ordnungsgemäß dem Kommunalverband zuführt. Über diese Frage bitte ich den Herrn Abg. W e i ß h a u p t und seine Freunde um Auskunft.

Abg. R ö h l e r (Zentr.):

Ich habe nicht die Absicht, mich in die Auseinandersetzungen, wie sie in letzter Stunde sich im Hause abgespielt haben, in größerem Umfang einzumischen; aber in einem sind wir ja alle einig, in der Anerkennung dessen, was unsere Truppen geleistet haben, in der treuen Erinnerung dessen, was unsere Gefallenen für das Vaterland und das Heimatland waren. Ich meine, über all dem, was heute an böser Kritik hinausgedrungen ist und hinausbringen wird infolge der heutigen Sitzung und über allen den Mißverständnissen, die aufgetaucht sind — anders kann ich es nicht bezeichnen —, über allem muß der Gedanke stehen, daß jetzt in dieser Stunde im deutschen Vaterland Millionen von Frauen, Kindern und von Vätern leben, die im Stillen trauern und weinen um die, die gefallen sind. Es ist nur das eine tieftraurige, daß man in diesem Zusammenhang auch davon sprechen muß, daß es leider auch Millionen im Volke gibt, die unsere Gefallenen vergessen haben und dies zum Ausdruck bringen durch ein Leben, das nicht gewidmet ist der Erinnerung an die, die die Heimat beschützt haben vor feindlichem Einfall. Aber ich glaube, wir könnten uns einigen, auch wenn wir in die Schuldfrage nicht so tief hinabsteigen, wie es heute versucht worden ist. Ich bin der Ansicht, die Schuldfrage vollständig klarzulegen, wird für unser ganzes lebendes Geschlecht eine Unmöglichkeit sein.

Wir müssen erst die nötige Distanz gewinnen, um die Dinge objektiv betrachten zu können. Der geht, glaube ich fehl, der die Schuldfrage an diesem unglücklichen Zusammenbruch lediglich auf die Dinge während des Krieges zurückführen will. Man wird vielmehr bei der Erörterung dieser Frage auch zurückgehen müssen auf dreißig, vierzig Jahre, ja vielleicht auf Jahrhunderte. Wir haben, aus dem Gefühl und dem Gedanken der Mitverantwortlichkeit heraus betrachtet, für das büßen müssen, was in einer langen Vergangenheit gesündigt worden ist, am und im deutschen Volke. Ich möchte mich auch nicht einlassen auf das, was über die Revolution gesagt worden ist. Nur das möchte ich betonen, die Hauptführer und Leiter der Revolution in Baden — und nur von der spreche ich — waren keine badischen Landesfinder. Ich habe den jungen Mann gesehen, der am 9. November mit der roten Schleife hierher gekommen ist. Das war kein Badener und kein Süddeutscher, sondern einer droben von Kiel, einer der nicht einmal hat richtig reden können, vor allem nicht badisch (Zwischenruf: Und es trotzdem gemacht hat!) Gewiß! Weil das Bürgertum schlapp und feig war in jenen Tagen. Diejenigen, die tags zuvor noch auf dem Bauche gelegen sind vor der monarchischen Gewalt, die hat man am 10. und 11. November großenteils nicht gesehen, als es sich darum gehandelt hat, nicht nur die herrschenden Gewalten, sondern auch die regierenden Persönlichkeiten zu schützen. Am 11. November war einer der ersten Schritte der vorläufigen Revolutionsregierung, Anordnungen zu treffen, daß die Person des Großherzogs nicht vogelfrei sei im Lande Baden. Wo waren da jene, die die Wochen zuvor die großen Töne geredet haben, die dem Volke in den Versammlungen das Durchhalten empfohlen und dazu selbst die Heiligen vom Himmel herabgerufen haben? Wo waren sie? Sie waren verflochten und versteckt. Man hat anderen Männern die schwere Aufgabe ganz allein überlassen, den Großherzog und seine Familie zu schützen (Sehr richtig!).

Aber, ich will nicht weiter in diese Dinge eindringen. Ich glaube, wir sollten in der Stunde auf das sehen, was uns einigt. Die jetzige Zeit ist nicht dazu angetan, daß wir uns gegenseitig die Köpfe einschlagen, während man in Paris darüber berät, wie man uns auf Jahrzehnte hinaus zu einem Sklavenvolk machen kann (Sehr richtig!). Ich meine deshalb wir sollten auch die Frage, die hier eine große Rolle gespielt hat, die Erwerbslosenfürsorge, umfassender betrachten, als es da und dort geschehen ist. Ich war der erste in diesem Hohen Hause, der versucht hat, hier ein objektives Urteil zu geben. Ich war derjenige, der gesagt hat, daß man eben nur diejenigen sieht, die mit der Zigarette herumlaufen, aber nicht die Tausende, die zu Hause sind und jammern, weil sie keinen Verdienst bekommen (Sehr richtig!). Die Kreise, die ich kenne als Arbeitslose, Maschineningenieure usw., sind Leute, die nicht einen Tag länger auf die Mittel des Staates angewiesen sein wollen, die wollen mit allen Fasern des Lebens arbeiten. Ich habe gestern schon ausgeführt: wenn Sie das Glück des Einzelnen und das Glück der Familie heben wollen, dann schaffen Sie nicht Gesehe, dann schaffen Sie Arbeit und sorgen Sie dafür, daß die Männer wieder in die Werkstätten und Bureaus hineinkommen. Und dann bleibe man mir auch mit der Kritik vom Leibe, in der Landwirtschaft würden ja Leute gesucht, sie kämen aber nicht. Es ist nicht jeder zur landwirtschaftlichen Arbeit geeignet. Ich kann mir nicht denken, was die Landwirtschaft mit Männern anfangen soll, die bisher auf den Bureaus waren oder in akademischen Berufen gearbeitet haben. Einer meiner Bekannten ist Maschineningenieur, der vor dem Krieg in einem großen Betrieb war. Was wollen Sie mit dem Manne in der Landwirtschaft anfangen? Es gibt Tausende und Abertausende, die arbeiten wollen und die dazu bereit sind. Ich möchte bitten, daß man diese Hilferufe um Arbeit nicht totschlägt durch eine Kritik, die einseitig ist und die nur wenige trifft.

So interessant es sodann wäre, auf die finanziellen Auseinandersetzungen einzugehen — nach der Aufnahme, die sie da und dort gestern durch Zurufe und andere Äußerungen gefunden haben, versage ich es mir. Aber eine der wichtigsten Fragen der Zukunft ist die Lösung der Finanzfrage und die Frage unserer finanziellen Beziehungen zum Reich. Da muß ich sagen, ich bin entgegengelegter Meinung, wie der Herr Kollege Dr. Gothein. Das wird daher kommen, daß unsere politische Grundstimmung den Fragen gegenüber eine vollständige andere ist. Der Abg. Dr. Gothein ist Unitarist und er sieht recht wohl ein, daß auf dem Gebiete der Finanzen diese Zentralfaktion im Reiche wesentlich schneller und wirkungsvoller zu erreichen ist, als auf dem politischen Gebiete. Nimmt man uns die Einkommensteuer weg, nimmt man uns die Biersteuer und was wir sonst noch an Bruchstücken von Steuern haben, dann

ist unsere Selbständigkeit verloren, auch wenn sie in der deutschen Reichsverfassung hundertmal aufrecht erhalten sein sollte. Aber in den Wochen vor dem 5. Januar 1919, da war es auch die Partei, der Abg. Gothein angehört, die mit diesem Partikularismus Geschäfte zu machen suchte (Sehr richtig!). Ich erinnere mich ganz gut an eine ganze Seite der „Badischen Presse“ mit einem Aufruf der Demokratischen Partei, wo es hieß: „Baden den Badenern“, der scharf den Gedanken zum Ausdruck brachte, daß wir keine Verprezierung wollten, sondern „Los von Berlin“ und wie all die Schlagworte hießen. Jetzt handelt es sich darum, diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen, und ihm treu zu bleiben. Es freut mich, daß der Herr Finanzminister hier so fest war und uns in Aussicht gestellt hat, daß auch fernerhin in Weimar alles geschehen wird, um tatsächlich unsere badische Selbständigkeit hochzuhalten. Wir haben jetzt das Referendum. Stellen Sie die Frage der Selbständigkeit zur Entscheidung durch das Referendum und Sie werden eine Antwort bekommen! Da werden alle mitstimmen von links bis rechts. Sie werden eine Antwort erhalten, daß Sie gar keine Verfassungsbestimmung mehr brauchen, wieviel Stimmen notwendig sind, um ein solches Referendum wirksam machen zu können. Ich bin überzeugt, die weitans größte Mehrzahl der Volksgenossen will insbesondere aus den Erfahrungen des Krieges heraus, daß wir in Baden selbständig bleiben. Ich hoffe, daß dieser Selbständigkeitsgedanke auch in unserer Steuergesetzgebung zum Ausdruck kommt. Besonders soll, wenn es notwendig ist, daß das Reich einzelne Steuern übernimmt, der Grundsatz, Baden dem Badischen Volk, aufrecht erhalten bleiben. Ich möchte dem Herrn Finanzminister sodann noch Weiteres in sein Wunschpaket mitgeben. Wenn Baden die Verwaltung und Erhebung der Zölle weiterhin für das Reich auszuführen hat, dann möchte ich bitten, daß das Reich aber auch eine Vergütung gewährt, mit der wir die Aufwendungen bezahlen können (Sehr gut!). Denn das können wir uns in der jetzigen Zeit nicht leisten, 800 000 M., wie in früheren Jahren jährlich daraufzulegen.

Damit bin ich am Schluß angelangt und ich hätte nur den einen Wunsch, daß in dieser Zeit auch in diesem Hohen Hause das Gemeinschaftsgefühl zum Ausdruck kommt. Wir haben im Kriege Hoffnungen miteinander gehofft; wir haben unsere Leiden miteinander gelitten, tragen wir auch gemeinsam das schwere Schicksal, das uns auferlegt worden ist (Beifall im Zentrum).

Abg. Mager (Frd. Bgdb.; Hosp. d. D.-Natf. Sp.):

Gestatten Sie, daß ich von meinem Platze aus die paar Berichtigungen gebe. Es lohnt sich nicht, daß ich ans Pult gehe (Widerspruch). Sie sollen es auch verstehen, Herr Kollege Krausch (begibt sich ans Pult).

Ich habe ausdrücklich gesagt, die Ursache unseres Zusammenbruchs war einmal der äußere Feind, zum anderen die Zermürbung, die in die Armee hineingetragen worden ist, von hinten. Das bleibt bestehen, davon wird nichts zurückgenommen. Das Stenogramm wird es Ihnen nachweisen. Ich habe eine Menge Zurufe bekommen. Auf einmal erhebt sich aber Dr. Diez und spricht von den Offizieren in einem ganz anderen Sinne. Er sagt, vom Regiment sind noch 5 zurückgekommen oder 6 oder 8. Daraus scheint hervorzugehen, daß diese Offiziere ihre Pflicht bis zum letzten getan haben. Wenn Sie diese Sache gerade auch hier in dem Hause breitstellen, daß die Offiziere mit schuld sind an dem Zusammenbruch, so sage ich, die ganze Klasse hat ihre Pflicht getan, wie der gemeine Mann. Es wäre das dasselbe, als wenn ich heute hingehen wollte und wollte die Spartakisten und Kommunisten Ihnen zur Last legen und sagen, die Sozialisten machen alle die Putsch (Abg. Dr. Krausch: Das können Sie ja tun!). Nein, so dumm bin ich nicht. Es ist genau dasselbe, wenn Sie sagen die Offiziere sind am Zusammenbruch schuld. Genau dasselbe wäre es, wenn man Sie haftbar machen wollte, für die Taten der Spartakisten (Zuruf: Das können Sie ja tun!).

Noch eines an den Kollegen Dr. Gothein. Er hat gesagt, wir seien während des Krieges belogen und betrogen worden von der Presse. Ich möchte nun eine Frage an ihn richten und verlange nicht, daß er sie beantwortet. Wir wissen die Antwort alle. Hat denn nicht gerade die demokratische Presse bis fast zum letzten Augenblicke diese Information der Volksmassen aufrecht erhalten? (Zuruf: Beim Zusammenbruch hat sie merkwürdig umgefaltet! — Abg. Krausch: Benjur!) Weiter nichts.

Finanzminister Dr. Wirth:

Ich muß noch auf eine Anregung des Abg. Köhler eingehen, der uns nahegelegt hat, auf die Frage der Vergü-

tung für die Erhebung der Zölle im Namen des Reiches Nachdruck zu legen. Ich darf aus unseren Akten verlesen, was am 30. Oktober 1915 niedergelegt ist: „Die Frage der Vergütung für die Erhebung und Verwaltung der Reichsabgaben ist nicht weiter behandelt worden und es erschien auch nicht angezeigt, die Angelegenheit aufzugeben. Es war seinerzeit beabsichtigt, alsbald nach Beendigung des Krieges die weitere Verfolgung der Angelegenheit wieder aufzunehmen.“ Daraus kann Herr Abg. Köhler sehen, daß wir diesen Punkt nicht aus dem Auge gelassen haben. Ich möchte den Satz anfügen, daß ich mit der vorläufigen Regierung bestrebt sein werde, worauf von Einzelnen näher eingegangen wurde, den Satz zu verwirklichen, daß Baden den Badenern gehört.

Abg. Weishaupt (Zentr.):

Der Herr Abg. Kaufsch hat einige Fragen an mich gerichtet und hat gemeint, es sei ihm nicht bekannt, daß im Ausland die Preise für Lebensmittel höher seien als bei uns. Schon im Jahre 1915 waren in England und in Frankreich drüben die Preise für Mehl und für Brot bedeutend höher als bei uns. Ich darf da vielleicht auch hinweisen auf die Schweiz, wo ja die Viehbestände ganz besonders groß sind, die an uns viel Vieh abgegeben hat, aber ihre Fleischpreise sind viel höher als bei uns in der Nachbarschaft der Schweiz.

Er hat ferner gemeint, es seien nicht die Samstener und Schleichhändler, die die Preise in die Höhe treiben (Abg. Kaufsch: Doch, doch!), sondern die Landwirte seien es. Ich habe schon in meinen ersten Ausführungen gesagt, die Landwirte werden oft unter den schärfsten Drohungen genötigt, Lebensmittel abzugeben, und deshalb sind sie oft nicht mehr in der Lage, ihre Sollmenge an die allgemeine Versorgung und Regelung abzuliefern. Aber nicht nur Drohungen werden gebraucht, sondern es dürfte den Herren von der Sozialdemokratie bekannt sein, daß droben im Bezirk Waldkirch es der Soldatenrat gewesen sein soll, der mit Maschinengewehren ausgezogen ist und den Landwirten die Lebensmittel abverlangt hat, einen Landwirt auch angeschossen hat, der ihnen nicht freiwillig auf dem Wege des Schleichhandels Lebensmittel abgegeben hat. Ich glaube, wenn das vorgekommen ist, darf man nicht den Landwirten Vorwürfe machen (Zuruf links: Wer war es? Namen nennen!). Ich glaube, es war Herr Blome oder es soll unter Blome geschehen sein. Wenn die Landwirte mit höheren Preisen landwirtschaftliche Produkte verkauft haben, so ist das in der letzten Zeit nicht zu verwundern, denn die Ausgaben sind gestiegen. Wenn ein Landwirt eine große Anzahl von Kindern hat, weiß er nicht, wo er das Geld hernehmen soll, um Schuhe und Kleider für sie anzuschaffen, wenn er alles abgibt zu den Preisen der allgemeinen Ablieferung; ich glaube, er ist zur Forderung höherer Preise genötigt. Hier wäre der richtige Weg, wenn die Regierung einmal eingreifen würde. Ich habe in meinen ersten Ausführungen schon betont, hier sollte die Regierung eine starke Hand zeigen, daß dort, wo 600 und mehr Prozente über den Preis verlangt werden, gegenüber 50 bis 100 Prozent bei der Landwirtschaft, eingegriffen wird. Wenn hier nicht zugegriffen wird, dann wird der Zusammenbruch in der allgemeinen Versorgung kommen, weil die Landwirtschaft genötigt ist, sich irgend wie auf anderem Weg höhere Preise zu verschaffen.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort:

Abg. Maher-Karlsruhe (D.-Natl. Sp.):

So schmerzlich es uns sein mag, so werden wir es doch nicht vermeiden können, uns über die Frage, die uns heute so lebhaft beschäftigt hat, noch das eine und andere Mal zu unterhalten. Möge es nur immer mit Ernst und Gewissenhaftigkeit geschehen. (Lode des Präsidenten.) Heute nur zwei Bemerkungen. Einmal: in der Wertschätzung dessen, was das Heer getan hat (Lode des Präsidenten), die Mannschaften und die Führer, in seiner Bewunderung und seinem Lob lassen wir uns von niemand übertreffen.

Präsident Ropf (unterbrechend):

Herr Abg. Maher, das ist keine persönliche Bemerkung. Sie können etwas richtig stellen, wenn in Ihrer Rede etwas falsch verstanden worden ist, aber keine sachlichen Ausführungen machen. Und wenn ich läute, müssen Sie Ihre Rede unterbrechen. Ich kann nicht dulden, daß fortgeredet wird, wenn der Präsident geklingelt hat.

Abg. Maher (fortfahrend): Ich bedauere, ich habe das nicht gehört. In den Ausdeutungen — das wird wohl eine persönliche Bemerkung sein —, die meine Worte gefunden haben, kann ich nichts erblicken, als verzweifelte Spitzfindigkeiten.

Abg. Kaufsch (Soz.):

Der Herr Abg. Weishaupt hat eben erklärt, ich hätte gesagt, daß die Landwirtschaft die Preise in die Höhe getrieben habe. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß der Schleichhandel es gewesen ist. Ich habe mich aber dazu geäußert, daß Herr Weishaupt gesagt hat, die Landwirtschaft würde lieber nicht zu diesen Preisen verlaufen. Eben hat er den Rückzug angetreten und gesagt, daß die Landwirtschaft zu diesen Preisen verlaufen muß (Abg. Weishaupt: Sie wird dazu gezwungen!).

In der Einzelberatung erhält zur Begründung des Antrags der Abgg. Schneider und Gen.:

„Ziffer 1 erhält den Zusatz:

„Für die Zwecke der Gemeindebesteuerung kommt dieser weitere Zuschlag nicht in Betracht“

das Wort:

Abg. Schneider-Heidelberg (Zentr.):

Bei der vorgelegten Stunde werde ich mich so kurz wie möglich fassen, um unseren Antrag, der soeben verlesen worden ist, zu begründen.

Zu den Normalfällen zu dem Einkommensteuertarif wurden erstmals durch das Gesetz vom 24. Dezember 1915 für die Jahre 1916 und 1917 Zuschläge geschaffen. Damals hatte schon eine größere Anzahl von Gemeinden, hauptsächlich größere Gemeinden, einen bedeutenden ungedeckten Aufwand, der hauptsächlich durch Umlagen zu decken ist. Um nun den Gemeinden die Möglichkeit zu gewähren, sich höhere Einnahmen zu verschaffen, ohne den Steuerfuß erhöhen zu müssen, erhielten die Gemeinden durch das Gesetz vom 25. Februar 1916 die Ermächtigung, für die beiden Jahre 1916 und 1917 die staatlichen Zuschläge auch der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legen.

Diese staatlichen Zuschläge erfuhren bisher zweimal Abänderungen, zunächst durch das Gesetz vom 22. Dezember 1917 und dann vom 4. September 1918. Die Stufenleiter, wie sie jetzt gilt, interessiert ja für den heutigen Fall nicht. Aber die Gemeinden erhielten jeweils die Ermächtigung, die neu festgesetzten staatlichen Zuschläge der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legen. Bei der ersten Abänderung vom 22. Dezember 1917 geschah dies durch ein spezielles Gesetz, das ausdrücklich bestimmte: Die am 22. Dezember 1917 festgesetzten Zuschläge können der gemeindlichen Einkommensteuer zugrunde gelegt werden. Bei der letzten Abänderung erfolgte die Gemeindeermächtigung allerdings wieder durch ein besonderes Gesetz vom 4. Dezember 1918, aber durch ein sogenanntes Blankettgesetz. Man half sich dadurch, daß man in dem Gesetz vom April 1918 die ursprünglich auf das Gesetz vom 22. Dezember 1917 bezüglichen Worte strich, so daß jetzt das Gesetz vom April 1918 unter Weglassung der gestrichenen Stelle lautet: „Durch Gemeindebeschluß mit Staatsgenehmigung kann bestimmt werden, daß in den Jahren 1918 und 1919 die Umlagen vom Einkommen statt nach Hundertteilen der Normalsteuersätze nach Hundertteilen derjenigen Steuersätze zu erheben sind, welche der Erhebung der staatlichen Einkommensteuer zugrunde gelegt werden.“ Daraus folgt, daß die Gemeinde befugt ist, jeden staatlichen Zuschlag, also auch den vorliegenden, der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legen, allerdings unter gewissen Voraussetzungen, insbesondere mit Staatsgenehmigung.

Der heutige Zuschlag ist kein normaler, keiner, der im Staatsvoranschlag Deckung schaffen soll, der durch das Finanzgesetz verabschiedet wird, sondern der Zuschlag wird zu einem ganz bestimmten Zweck erhoben, nämlich um teilweise Deckung aufzuschaffen für die durch die einmalige Feuerungszulage notwendigen Aufwendungen, und da glaube ich, daß es nicht angängig sein dürfte, diesen Zuschlag auch für die Zwecke der Gemeinde in der Weise nutzbar zu machen, daß auch die Gemeinden diesen Zuschlag der Umlage aus Einkommen zugrunde legen dürfen. Wenn der Umlagefuß eine bestimmte Höhe erreicht hat, so beträgt die Umlage aus Einkommen mehr als die staatliche Einkommensteuer. Und dieser Fall wird umso eher eintreten, wenn die Gemeinden von der Möglichkeit Gebrauch machen, bis an die Höchstgrenze der Belastung des Einkommens hinaufzugehen. Und zahlreiche Gemeinden haben tatsächlich bereits von dieser Befugnis Gebrauch gemacht.

Damit nun durch unser Vorgehen, durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer Deckung zu schaffen für den Aufwand, der durch die Einmalige Feuerungszulage verursacht wird, die Steuerpflichtigen nicht noch ein zweites Mal belastet werden in der Form höherer Umlagen aus Einkommen, haben meine politischen Freunde Wittemann und Dr. Schofer gemeinsam mit mir den vorliegenden Antrag eingebracht.

Die Regierung könnte ja allerdings diese Belastung der Einkommen aus diesem Zuschlag verhindern, indem sie die Staatsgenehmigung, die in jedem einzelnen Falle einzuholen ist, versagt. Aber um die Staatsgenehmigung kann nur nachgesucht werden, wenn ein Gemeindebeschluss vorliegt, und dann sind in der Regel die umfangreichen Ausschlagsarbeiten der Umlage auf die einzelnen Steuergruppen bereits getan, die Vorarbeiten für den Voranschlag sind beendet. Um alledem vorzubeugen, um Klarheit zu schaffen und um allen Beteiligten, den Steuerpflichtigen, den Gemeinden und der Regierung zu sagen, was Rechtens ist, haben wir den Antrag eingebracht, um dessen Annahme ich Sie bitte, daß der vorliegende Zuschlag für die Zwecke der Gemeindebesteuerung außer Betracht bleibt.

Zur Geschäftsordnung erhalten das Wort:

Berichterstatter Abg. Goehring (D. Dem. P.):

Der Antrag wurde hier plötzlich hereingebracht (Präsident Kopf: Ich habe ihn gestern schon bekanntgegeben), und ich möchte mich doch als Berichterstatter zu der Sache äußern.

Es war bisher nicht üblich, daß eine so weittragende Sache so kurzerhand erledigt wird. Nachdem wir keine Erste Kammer mehr haben, wird hier schließlich etwas zum Gesetz erhoben, was dann keinerlei Nachprüfung mehr unterzogen werden kann, und das, glaube ich, dürfte doch das Hohe Haus selbst nicht wollen. Ich verweise auch noch besonders auf § 76 der früheren Verfassung, wo in Abs. 2 ausdrücklich steht:

„Wenn eine Vorberatung in einem besonderen Ausschuss stattfindet, so treten zur vorläufigen Erörterung der Entwürfe die landesherrlichen Kommissarien mit den ständischen Ausschüssen zusammen, so oft es von der einen oder anderen Seite für notwendig erachtet wird.“ Und nun kommt das Wesentliche in dem letzten Satz: „Keine wesentliche Abänderung in einem Gesetzentwurf kann getroffen werden, die nicht mit den landesherrlichen Kommissarien in einem solchen gemeinschaftlichen Zusammentritt erörtert worden ist.“

Ich schlage vor, diese Angelegenheit zuerst den ordnungsmäßigen Weg gehen zu lassen und sie an die zuständige Kommission zu verweisen, die die Vorberatung mit den Herren der Regierung vorzunehmen hat, und sie erst später vor das Hohe Haus zur Entscheidung zu bringen (Zustimmung). Selbstverständlich muß das Ministerium des Innern auch bei der Vorberatung vertreten sein.

Abg. Wittemann (Zentr.):

Die Geschäftsordnung bestimmt in § 68:

„Abänderungsanträge zu einem Gegenstand der Tagesordnung müssen dem Präsidenten vor der Beratung schriftlich übergeben werden. Sie müssen, um zur Beratung zu gelangen, von mindestens drei Mitgliedern gestellt sein.“

Das Vorgehen der Antragsteller ist also durchaus geschäftsmäßig. Aber ich stimme dem Herrn Kollegen Goehring darin bei, wenn er den Wunsch hat, daß die Sache an die Kommission zurückkommt und dort beraten wird, weil es sich um eine weittragende Bestimmung handelt, und daß der Antrag im Plenum erst zur Entscheidung kommt, nachdem man sich in der Kommission darüber unterhalten hat.

Abg. Roesch (Soz.):

Namens meiner politischen Freunde glaube ich auch erklären zu können, daß wir der gleichen Ansicht sind wie die beiden Herren Vorredner.

Präsident Kopf:

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, kann ich wohl feststellen, daß das Haus hiermit einverstanden ist. Wir würden also die Beratung über diesen Gegenstand damit wohl abbrechen können, und es würde dann wohl zweckmäßig sein, daß wir auch die Beratung über den Staatsvoranschlag abbrechen; denn beides hängt miteinander zusammen, oder soll das fortgesetzt werden?

Finanzminister Dr. Wirth:

Ich würde mit der vorläufigen Regierung großen Wert darauf legen, diesen Nachtrag heute noch erledigt zu sehen. Es bestehen ja sonst weiter keine Anstände und so würde sich wohl schnell die Vorlage erledigen lassen. Es ist aus den Kreisen aller Fraktionen der Wunsch laut geworden, diese Feuerungszulage in möglichstster Bälde zum Abschluß zu bringen, und die Beamten legen Wert darauf, daß die Sache jetzt verabschiedet wird. Die Abstimmung über das Steuergesetz und eine eventuelle Debatte über den Antrag der Herren vom Zentrum kann natürlich in der nächsten Sitzung noch vorgenommen werden. Aber gerade die Nachtragsforderung bitte ich heute zum Abschluß zu bringen. Es sind dazu wohl nur wenige Minuten erforderlich.

Präsident Kopf:

Ich nehme an, daß wir morgen bereits über den Gegenstand im Plenum beraten können. Die Budgetkommission kann ja wohl heute Mittag tagen, und ich dachte, daß wir dann den Gesetzentwurf über die Steuererhebung morgen erledigen können; dann würde die Verzögerung nichts ausmachen. Wenn sich aber kein Widerspruch erhebt, kann ich auch dem Wunsch des Herrn Finanzministers entsprechen und den Nachtrag noch aufrufen.

Das Haus erklärt sich damit einverstanden.

Der Präsident ruft hierauf die einzelnen Ausgabe-Titel des II. Nachtrags zum Staatsvoranschlag auf.

Die Ausgaben werden entsprechend dem Kommissionsantrag einstimmig genehmigt, während über die Einnahmen erst im Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr., in der nächsten Sitzung abgestimmt werden soll.

Zu Ziffer IIa der Tagesordnung: Mündlicher Bericht der Haushaltskommission und Beratung über den Gesetzentwurf, die Deckung des durch Notstandsarbeiten entstandenen außerordentlichen Staatsbedarfs erhält alsdann das Wort:

Abg. Seubert (Zentr.):

Mit der Drucksache Nr. 14 legt uns die vorläufige Regierung einen Gesetzentwurf vor, durch den sie einen Kredit von 5 Millionen Mark für Notstandsarbeiten verlangt. Der z. Zt. herrschende Mangel an Arbeitsgelegenheit macht die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten nötig; der Staat muß dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Er hat an der Schaffung von Arbeitsgelegenheit insofern ein besonderes Interesse, als er nach § 4 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 vier Zwölftel des Aufwands für die Erwerbslosenfürsorge den Gemeinden ersetzen muß. Im Staatsvoranschlag sind zwar noch Mittel für eine Anzahl Bauten vorgesehen, die Arbeiten sind bereits vergeben, oder die Vergebung steht bevor. Für weitere Unternehmungen sollen Mittel in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag angefordert werden. Bis aber die nötigen Unterlagen beschafft, und der Nachtrag der Nationalversammlung vorgelegt werden kann, vergeht längere Zeit. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit aber drängt.

Da während der Tagung der Nationalversammlung nach Art. 12 Abs. 1, Ziff. 3 die Erteilung von Administrativkrediten nicht zugänglich ist, empfiehlt es sich, durch Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs der vorläufigen Regierung einen Kredit zur Verfügung zu stellen.

Die verlangten 5 Millionen sollen für den Geschäftsbereich der allgemeinen Staatsverwaltung verwendet werden. Die Oberdirektion will vor allem an die Pflasterung der Straßen in der Nähe der Städte gehen, wo sich der Mangel fester Straßen wegen des starken Verkehrs schon im Frieden sehr unannehmlich fühlbar machte, sobald sollen auch die Straßen gepflastert werden, auf denen sich starker Autoverkehr abwickeln wird. Auch an Waldausstodungen denkt man. Wo und wann diese Notstandsarbeiten zunächst ausgeführt werden, kann heute nicht gesagt werden. Wo die Not am größten ist, soll zuerst begonnen werden.

Außer den Restkrediten der allgemeinen Staatsverwaltung und den hier verlangten 5 Millionen stehen für Notstandsarbeiten der Eisenbahnverwaltung noch rund 60 Millionen Restkredite zur Verfügung.

Zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes ist zu bemerken:

§ 1 Abs. 2 bestimmt, daß über diesen Kredit im Einzelnen nur mit Genehmigung der vorläufigen Volksregierung oder des später an ihre Stelle tretenden Staatsministeriums verfügt werden darf.

§ 2 sagt, daß die Mittel im Wege des Staatskredits aufzubringen sind, wenn und soweit nicht Barmittel zur Verfügung stehen.

§ 3 sagt, daß die Staatsschuldenverwaltung für Rechnung der Amortisationskasse die Mittel nach Art. 8 des Finanzgesetzes vom 25. März 1918, d. h. nach den allgemeinen Bestimmungen über Anlehensaufnahme zu beschaffen hat.

§ 4 bestimmt, daß dem Landtag über die Verwendung des Kredits ein besonderer Nachweis zu liefern ist.

§ 5 nimmt ein Gesetz für die später zu tilgende Schuld in Aussicht.

Ihr Haushaltsausschuß stellt den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle dem Gesetzentwurf, die Deckung des durch die Notstandsarbeiten entstehenden außerordentlichen Staatsbedarfs betr., (Druck. Nr. 14), ihre Zustimmung erteilen.

Finanzminister Dr. Wirth:

Weitere Ausführungen zu diesem Gesetzentwurf brauche ich nicht zu machen. Es ist heute aus allen Kreisen dieses Hauses an die Regierung die Aufforderung ergangen, Arbeit zu schaffen, wie wir umgekehrt betont haben: Arbeiter schafft! Und hier geben wir gleich den Beweis, daß wir Arbeitsgelegenheit schaffen wollen. Ich glaube auch im Namen der vorläufigen Regierung sagen zu können, daß, wenn wir sehen, daß es uns möglich ist, auf diese Art und Weise Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wir bereit sind, an dieses hohe Haus mit weiteren Anforderungen hierfür heranzutreten. Ich meine, daß Sie die Debatte über die Arbeitslosenfürsorge, die heute hier vor sich gegangen ist, am besten krönen, wenn Sie diesem Gesetzentwurf ohne große Debatte Ihre Zustimmung geben.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

In der Einzelberatung ergreift niemand das Wort. Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung mit allen abgegebenen Stimmen angenommen.

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung nach 1 Uhr.

Nednerverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Kopp	137
I. Fortsetzung der Beratung über	
a) die Wünsche um Bewilligung neuer Steuererhöhungen und zwar:	
1. Entschließung einer Versammlung von Eisenbahnern in Mannheim,	
2. Eingaben der Vereinigungen der oberen Beamten in Heidelberg und Umgebung sowie in Mannheim,	
b) den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr.,	
c) den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919:	
Berichterstatter Abg. Goehring (D. Dem. P.)	138, 173
Abg. Karl (D.-Nat. Bp.)	139, 167
Verkehrsminister Rückert	142
Abg. Weißhaupt (Zentr.)	143, 171
„ Dr. Gothein (D. Dem. P.)	147, 166
Finanzminister Dr. Wirth	152, 170, 174
Abg. Fischer-Karlsruhe (Soz.)	155
„ Mager (Frd. Bgdb.)	157, 170
„ Fleig (Soz.)	160
„ Spengler (Zentr.)	161
„ Dr. Dieß (Soz.)	162
„ Mayer-Karlsruhe (D.-Nat. Bp.)	164, 171
„ Hamann (Soz.)	164
„ Dr. Kraus (Soz.)	167
„ Kausch (Soz.)	168, 172
„ Köhler (Zentr.)	168
„ Schneider-Heidelberg (Zentr.)	172
„ Wittenmann (Zentr.)	173
„ Koesch (Soz.)	173
II. Mündlicher Bericht der Haushaltskommission und Beratung über	
a) den Gesetzentwurf, die Deckung des durch Notstandsarbeiten entstehenden außerordentlichen Staatsbedarfs betr.:	
Berichterstatter Abg. Seibert (Zentr.)	174
Finanzminister Dr. Wirth	176